

**: Perspektiven auf
Global Governance.
Die sef: 2020
Jahresbericht**



Impressum

Herausgeberin:
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 | 53115 Bonn
Tel. 0228 | 9 59 25-10
Fax: 0228 | 9 59 25-99
sef@sef-bonn.org
Website: www.sef-bonn.org
Twitter: @sefbonn
Youtube: sefbonn

© Stiftung Entwicklung und Frieden 2021
Foto Cover: Larissa Neubauer
Fotos: sef:, sofern nicht anders vermerkt
Texte: Dr. Mischa Hansel, Larissa Neubauer, Dr. Michèle Roth
Redaktion: Ingo Nordmann, Dr. Michèle Roth
Design Basiskonzept: Pitch Black Graphic Design, Berlin/Rotterdam
Gestaltung: Gerhard Süß-Jung

Druck
Firma The Happy Printer, Bonn
Gedruckt auf zertifiziertem Papier – FSC und Blauer Engel

Inhaltsverzeichnis

sef: 2020

Editorial	3
---------------------	---

sef: Themen

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

Das Welthandelssystem nach COVID-19: Wege zu einer wohlfahrtsorientierten Handelspolitik	5
Die UN mit 75: Europas Vision für die Weltorganisation	9

Programmbereich II: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Regionale und lokale Umsetzung

Gemeinsam gegen soziale Ungleichheit: Ansätze auf lokaler Ebene	11
Handel und nachhaltige Entwicklung: Erfolgsbedingungen für die Panafrikanische Freihandelszone	15

Programmbereich III: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Rohstoffe für den Klimaschutz: Strategien zur Konfliktprävention	20
Krisenprävention: Vom Anspruch zur Umsetzung – neue Ansätze für die UN	24

sef: Finanzen

Finanzbericht	27
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2020	28
Bilanz zum 31.12.2020	29

sef: Intern

sef: Vorstand	31
sef: Kuratorium	31
sef: Beirat	32
sef: Team	33
Kooperationen und Förderung	33
Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2020.	34

• sef: 2020

Editorial

Handelspolitik als wichtiger Beitrag zu einer friedlichen, nachhaltigen und menschenwürdigen Entwicklung – das war das Leitthema, das sich unsere Stiftung für das Jahr 2020 gesetzt hatte. Den Auftakt sollten die Potsdamer Frühjahrsgespräche zur Panafrikanischen Freihandelszone (AfCFTA) bilden. Für Mitte März hatte die sef: Expertinnen und Experten aus Afrika und Europa nach Potsdam eingeladen, um über notwendige flankierende Maßnahmen zu beraten, damit der Freihandel möglichst vielen Menschen auf dem afrikanischen Kontinent zugutekommt.

Die sich in alle Weltregionen ausbreitende Pandemie durchkreuzte unsere Pläne. Der für den 1. Juli 2020 geplante Start der AfCFTA wurde verschoben, und die Frühjahrsgespräche mussten mit nur zwei Wochen Vorlauf abgesagt werden. Das Thema Welthandel blieb und bleibt aktuell – jedoch ganz anders als gedacht. Grenzen wurden geschlossen, Handelswege blockiert, globale Lieferketten unterbrochen, Produktionen stillgelegt. Exportverbote für persönliche Schutzausrüstung innerhalb der Europäischen Union markierten einen negativen Höhepunkt der ersten Reaktionen auf die für Europa ungewohnte Bedrohungslage.

COVID-19 stellte auch die sef: vor enorme Herausforderungen. Doch die Frühjahrsgespräche sollten die einzige Veranstaltung bleiben, die wegen der Pandemie ausfiel. Wenige Wochen später startete der Berliner Sommerdialog – als reines Online-Format mit einer Serie von vier wöchentlichen Veranstaltungen. Die Planungen für die zweite Jahreshälfte waren geprägt von Hoffnungen auf Hybridformate, die letztlich auf den September beschränkt blieben. So wurde es ein Jahr des Experimentierens mit neuen digitalen Formaten und des wiederholten Um- und Neuplanens. Dabei zeigten sich, neben den bekannten Nachteilen virtueller Veranstaltungen, auch Chancen in der digitalen Welt. Die Internationalität der Teilnehmenden hat sich im Berichtsjahr deutlich erhöht; viele ehemalige Referentinnen und Referenten aus aller Welt freuten sich über die Gelegenheit, sich erneut in die Fachdialoge der sef: einzubringen. Digitale und hybride Formate werden, das zeichnet sich bereits ab, auch nach der Pandemie ein möglicher Bestandteil unseres Programmangebots bleiben.

Zurück zum Welthandel: Viele der oben skizzierten Maßnahmen des Frühjahrs 2020 wurden bald rückgängig gemacht. Geblieben ist ein neues Verständnis dafür, wie eng verwoben die Wirtschaft international ist und wie tiefgreifend die gegenseitigen Abhängigkeiten sind. Wie Produktions- und Lieferketten resilienter gestaltet werden können, ist eine Frage, die uns noch länger begleiten und auf die es nicht die eine Antwort geben wird, wie unter anderem der Internationale sef: Expertenworkshop im September 2020

zeigte. Die tiefe globale Verwobenheit erstreckt sich aber weit über die Wirtschaft hinaus und umfasst beinahe alle Lebensbereiche. Nicht nur für das Coronavirus gilt: es wird niemand sicher sein, solange



Oliver Krauß MdL: Eröffnung des Bonn Symposiums

nicht alle sicher sind. Umso bedauerlicher ist es, dass wichtige Ereignisse und Prozesse der internationalen Zusammenarbeit 2020 in den Hintergrund getreten sind oder verschoben werden mussten. Das gilt etwa für das 75-jährige Jubiläum der Vereinten Nationen, für die Klimakonferenz in Glasgow und für den mit Spannung erwarteten Biodiversitätsgipfel. Es ist zu hoffen, dass diese Prozesse nach der unmittelbaren Pandemiebekämpfung im Sinne eines „recover better“ und zur Prävention künftiger globaler Schocks die erforderliche Aufmerksamkeit bekommen.

Die Panafrikanische Freihandelszone ist jedenfalls zum 1. Januar 2021 gestartet – und die Frühjahrsgespräche fanden erstmals (und hoffentlich einmalig) als Potsdamer Wintergespräche im Dezember 2020 online statt. Über die Ergebnisse dieser Veranstaltung sowie aller weiteren sef: Projekte berichten wir gerne im Folgenden.

Unser herzliches Dankeschön gilt Herrn Dr. Gerd Harms, der die sef: seit 2006 bis Anfang 2021 als stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes eng begleitet und hervorragend unterstützt hat. Ihm folgt Herr Martin Gorholt als neuer stellvertretender Vorsitzender. Auf die Zusammenarbeit mit Herrn Gorholt freuen wir uns sehr.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre – bitte lassen Sie sich von der Vielfalt an Anregungen und Lösungsansätzen zu globalen Herausforderungen auch jenseits von Corona inspirieren!

Oliver Krauß MdL
Vorsitzender des Vorstandes

Dr. Michèle Roth
Geschäftsführerin

• **sef: Themen**

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

Das Welthandelssystem nach COVID-19: Wege zu einer wohlfahrtsorientierten Handelspolitik

Geopolitische Auseinandersetzungen und Spaltungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern hatten das Welthandelssystem schon vor der COVID-19-Pandemie geschwächt und zu Protektionismus und einer zunehmenden Fragmentierung im Welt-



sef: Experten Workshop im Gerhard-Mercator-Haus

handel geführt. Verhandlungsprozesse im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) waren seit langem festgefahren; Ende 2019 machte die Blockade des WTO-Streitschlichtungsverfahrens Schlagzeilen. Die Pandemie legte eine weitere Schwachstelle offen: die Krisenanfälligkeit einer arbeitsteilig strukturierten Weltwirtschaft mit globalen Lieferketten und dem daraus resultierenden hohen Maß an gegenseitiger Abhängigkeit.

Der gemeinsam mit dem Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) durchgeführte Internationale sef: Expertenworkshop zog im September 2020 eine erste Bilanz der Leistungsfähigkeit der Welthandelsordnung in der Pandemie. Eine Frage war dabei von besonderem Interesse: Welche Lehren lassen sich aus den ersten Monaten der Pandemie für die seit langem fällige Reform der Welthandelsordnung ziehen? Rund 40 internationale Expert*innen aus den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft, internationale Organisationen und Zivilgesellschaft, die sowohl online als auch vor Ort an der Universität Duisburg-Essen zusammenkamen, diskutierten mögliche Strategien zur Verbesserung des Welthandelssystems aus normativer und praktischer Perspektive.

Das Welthandelssystem während der Pandemie

Zu Beginn der Pandemie war die Unterbrechung der Lieferketten die erste und offensichtlichste Folge für das globale Handelssystem. In einigen Ländern

wurde die Produktion aufgrund von Eindämmungsmaßnahmen zurückgefahren, was wiederum die Produktion in anderen Ländern behinderte. Auf der Nachfrageseite stand einem starken Rückgang in Sektoren wie der Automobil- und Textilindustrie ein starker Anstieg in anderen Bereichen wie der persönlichen Schutzausrüstung gegenüber. Vor allem aber wurden in einer frühen Phase die Transportwege mit China unterbrochen, gefolgt von Grenzsicherungen und staatlichen Exportbeschränkungen für medizinische und andere kritische Güter rund um den Globus. Das Welthandelssystem schien massiv gestört.

Während des Workshops argumentierten jedoch mehrere Expert*innen, dass sich die meisten Länder bemüht hätten, im Rahmen der WTO-Regeln zu agieren, die eine Flexibilität in Krisenzeiten ermöglichen. Die WTO selbst sah ihre Rolle darin, für Transparenz zu sorgen und die Maßnahmen ihrer Mitglieder regelmäßig zu überprüfen. Aus Sicht der Organisation spielte die WTO weiterhin eine wichtige Rolle bei der Sicherung der Handelsbeziehungen – eine Wahrnehmung, die nicht von allen Teilnehmenden geteilt wurde. Ein Experte sah die WTO gar von ihren Mitgliedern ins Abseits gestellt; sie befinde sich in der größten Krise seit ihrer Gründung. Deutlich wur-



CC BY 2.0 flickr.com/Jean-Pierre Dalbéra

de jedenfalls, dass die WTO auf eine solche Krisensituation nicht vorbereitet war. So konnten sich ihre Mitglieder mehrere Monate lang nicht mehr austauschen, bis die Voraussetzungen für Online-Meetings geschaffen waren.

Regeln für die Versorgung mit kritischen Gütern

Die Schwächen der bestehenden Handelsordnung werden im Umgang mit kritischen Gütern besonders deutlich. Zu Beginn der Pandemie bestand die Reaktion vieler Staaten darin, die Exporte von kri-

tischen Gütern zu drosseln [siehe Abbildung 1] und die Importe zu erleichtern, begleitet von Aufrufen zur Verlagerung der Produktion. Alle Länder versuchten, die Gesundheitsversorgungskette zu ihrem Vorteil auszunutzen, resümierte ein Experte. Auf den internationalen Märkten herrschte ein harter Wettbewerb um kritische medizinische Güter, mit dem Effekt, dass Länder gegeneinander boten und die Preise in die Höhe trieben, während ärmere Staaten auf der Strecke blieben. Zwar folgten auf diese ersten Reaktionen später politische Zusagen, die Märkte offen zu halten, und ein Anstieg des Handels mit

schlug ein Experte vor. Hoffnungen wurden auch in das WTO Trade Facilitation Agreement gesetzt, das 2017 in Kraft getreten ist, aber noch nicht von allen Mitgliedern umgesetzt wurde.

Reshoring ist nicht die Antwort

Nicht nur kritische Güter sind von den Risiken globaler Lieferketten betroffen. Störungen in Produktionsketten führten im Frühjahr 2020 weltweit zum Stillstand ganzer Industriezweige – mit immensen wirtschaftlichen Folgen. Daraus resultierte eine breite Debatte über die Rückholung der Produktion in das eigene Land. Programme stehen zur Diskussion oder sind bereits in Kraft, um Standortentscheidungen von Unternehmen zu verändern und Lieferketten neu zu konfigurieren; in einigen Regionen werden zunehmend Forderungen laut, die Produktion aus China rückzuverlagern (reshoring).

Insgesamt wurden Reshoring-Tendenzen von den meisten Workshop-Teilnehmenden jedoch kritisch gesehen. Aus Unternehmenssicht wurde kritisiert, dass Regierungen Reshoring diktieren wollen, ohne den Kontext richtig zu verstehen. Ein prominentes Beispiel sind Gesichtsmasken, bei denen Unternehmen auf Millionen von Masken sitzen bleiben, weil sie auf dem Markt nicht konkurrenzfähig sind. Im Hinblick auf die Risikominderung seien Reshoring und Regionalisierung nutzlos, sagte ein Experte, da Katastrophen überall eintreten können. Es würde die Produktion nur viel teurer machen.

Anzahl der Länder/separaten Zollgebiete, die aufgrund von COVID-19 Ausfuhrbeschränkungen eingeführt haben, nach Produktkategorien (Stand: 9. August 2020)

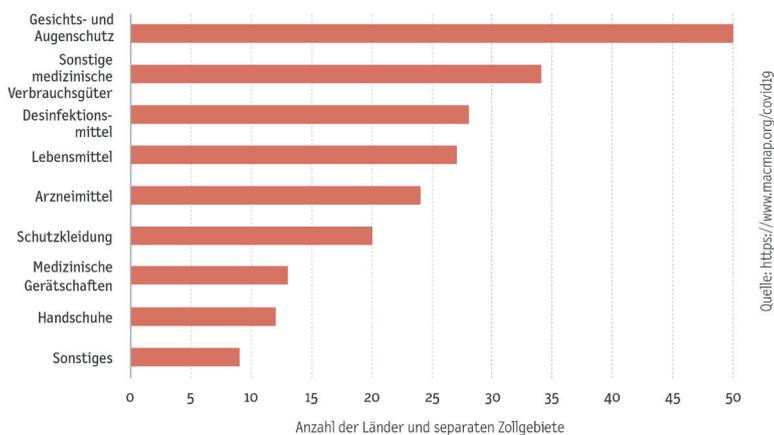


Abbildung 1

medizinischen Gütern um 38,7 % in der ersten Hälfte des Jahres 2020. Der wachsende Nationalismus ist immer aber ein Phänomen, dessen man sich bewusst sein muss, wie mehrere Redner*innen betonten, auch mit Blick auf den anstehenden Wettbewerb um COVID-19-Impfstoffe.

Welche Ansätze sind denkbar, um eine Wiederholung der Situation, die in den ersten Monaten des Jahres 2020 auftrat, zu verhindern und den Zugang zu kritischen Gütern besser zu regeln? Während des Workshops wurden mehrere mögliche Konzepte diskutiert. Eines davon ist, die verfügbare Menge an solchen Gütern zu erhöhen. Dafür wären entsprechende Anreize für Unternehmen wichtig, so ein Experte. Als weiteres Instrument zur Vermeidung von Panik auf dem Weltmarkt wurde ein globales Überwachungssystem für kritische Güter im Gesundheitsbereich vorgeschlagen, das sich an den guten Erfahrungen mit einem solchen System im Lebensmittelbereich orientieren könnte.

Beide Ansätze würden aber das Problem des Zugangs zu kritischen Gütern in ärmeren Ländern kaum lösen. Hier könnte die WTO eine wichtige Rolle bei der Erleichterung von Importen spielen, eventuell unterstützt durch einen Fonds. An der Finanzierung könnten sich die internationalen Finanzinstitutionen oder private Akteure wie die Gates Foundation beteiligen,

Die meisten Expert*innen machten in der Diversifizierung den zentralen Schlüssel aus, um sich besser gegen Anfälligkeiten zu schützen, die sehr lange Lieferketten oder stark konzentrierte Produktionsnetzwerke mit sich bringen. Viele Unternehmen sind derzeit dabei, ihre Lieferkettenstrategie zu überdenken. Aber die Diversifizierung von Produktionsstandorten und Beschaffung hänge auch von der Art der Branche ab, fügte ein Experte hinzu. Arbeitsintensive Industrien könnten im Vergleich zu ressourcenintensiven Wertschöpfungsketten mobiler sein, daher könnte die Lösung eher in „intelligenten globalen Netzwerken“ liegen. Die Resilienz müsse in die Produktionsnetzwerke eingebaut werden, so dass sich die verschiedenen Komponenten gegenseitig unterstützen oder im Falle einer Katastrophe übernehmen können. Auch eine erhöhte Transparenz und Digitalisierung der Lieferketten könnte hilfreich sein.

Risiken entlang von Produktionsketten reduzieren: Was ist mit den Arbeiter*innen?

Während die Widerstandsfähigkeit von Lieferketten oft aus der Perspektive von transnationalen Unternehmen diskutiert wird, sind es die lokalen Industrien und ihre Arbeiter*innen, die am härtesten von Ausfällen betroffen sind. Die Bekleidungsindustrie in Bangladesch zum Beispiel wurde von der Pandemie gleich dreimal getroffen. Zunächst waren Lieferun-

gen nach China nicht mehr möglich. Dann brach die Nachfrage in Europa ein, Aufträge wurden storniert, verschoben oder neu verhandelt, und schließlich mussten die Fabriken während des nationalen Lock-downs schließen. Infolgedessen wurden Millionen von Arbeiter*innen, meist Frauen, plötzlich arbeitslos, einige vorübergehend, andere dauerhaft. Die große Mehrheit der Fabriken hatte keine Rücklagen und keinen Risiko-Fonds; sie konnten nicht einmal die Löhne ihrer Arbeiter*innen für einen Monat bezahlen. Eine entscheidende Herausforderung liegt darin, dass die Produktion meist nicht nachfrage-, sondern gewinnorientiert ist. Dies führt zu einem starken Preisdruck, der den Lieferant*innen die Möglichkeit nimmt, Rücklagen für einen Krisenfonds zu bilden.

Wie können die schwächsten Gruppen in globalen Wertschöpfungsketten besser geschützt werden? Ein Experte schlug vor, über direkte Unterstützung für die Arbeiter*innen in den Lieferketten nachzudenken, z. B. durch die Bereitstellung von Weiterbildungsmaßnahmen, Wohnraum oder Transportmitteln. Marken und Fabriken sollten hierbei zusammenarbeiten. Es seien aber auch Maßnahmen jenseits der Lieferketten notwendig, wie z. B. nationale Systeme der sozialen Sicherung. Auch Gewerkschaften könnten einen Beitrag leisten, in vielen Ländern seien sie aber noch zu schwach.

Im Hinblick auf die Nachhaltigkeit in Lieferketten seien Menschen- und Arbeitnehmer*innenrechte der zentrale Faktor, so ein Unternehmensvertreter. Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte seien hierfür der wichtigste Bezugsrahmen. Ein entscheidender Faktor zur Verbesserung der Verantwortung in Lieferketten sei die Förderung existenzsichernder Löhne. Da nach Ansicht der Zivilgesellschaft und vieler Wissenschaftler*innen frei-

willige Selbstverpflichtungen zu mehr Verantwortung in internationalen Lieferketten nicht ausreichen, unterstützen sie Bemühungen um verbindliche Regeln, wie sie derzeit in Deutschland mit dem geplanten Lieferkettengesetz und auf internationaler Ebene mit dem UN-Vertrag über Wirtschaft und Menschenrechte diskutiert werden. Mehrere Expert*innen bedauerten, dass Deutschland und die EU in diesem Verhandlungsprozess bisher kein großes Engagement gezeigt hätten.

Eine normative Neuausrichtung des Welthandels?

Die Fokussierung des Welthandels – und der Wirtschaft im Allgemeinen – auf immerwährendes Wachstum und Gewinnmaximierung, ohne die Folgen für Mensch und Natur zu berücksichtigen, steht schon lange in der Kritik. Mit der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung im Jahr 2015 sind andere Maßstäbe menschlicher Entwicklung stärker in den Fokus gerückt – Aspekten wie Gemeinwohl, Nachhaltigkeit, Menschenrechten und der Bekämpfung von Ungleichheiten wird mehr Bedeutung beigemessen. Während Deglobalisierung weder ein realistisches Szenario noch die Lösung für viele der heutigen Herausforderungen ist, forderten die Teilnehmenden des Expertenworkshops ein Nachdenken darüber, wie das System besser wieder aufgebaut werden kann. Hat die Pandemie das Potenzial, die normative Neuausrichtung des Welthandels voranzutreiben?

Die Debatten innerhalb der WTO und bei den UN fanden in unterschiedlichen Welten statt, betonten mehrere Teilnehmende. Es sei noch ein langer Weg, diese verschiedenen Sphären zusammenzubringen. Ein Redner bezeichnete die Handelsordnung als „kommerzielles Ungeheuer“, dessen einziges Ziel es sei, negative Auswirkungen zu reduzieren, die sich Firmen aus verschiedenen Ländern gegenseitig zufügen. Es gebe auch eine normative Dimension, fügte er hinzu. Aber bei diesen Normen gehe es ausschließlich um Konzepte der Nicht-Diskriminierung von Unternehmen. Gleicher Zugang zu Märkten führe aber zu unterschiedlichen Ergebnissen, wenn die wirtschaftlichen Fähigkeiten unterschiedlich sind. Die bestehende Handelsordnung sei nicht darauf ausgelegt, mit Ungleichheiten umzugehen.

Ein anderer Experte stellte infrage, ob die Welthandelsordnung tatsächlich eine Ursache für die Verschärfung von Ungleichheiten sei oder ob sie vielmehr Opfer nationaler Entscheidungen sei, die ihrem Geist zuwiderlaufen. Als Beispiel nannte er die unilateralen Handelsrestriktionen zu Beginn der Pandemie. Andere wiesen darauf hin, dass der Handel, auch wenn er im Wesentlichen einen kommerziellen Zweck verfolgt, Spillover-Effekte hat, die bei künftigen Reformen berücksichtigt werden müssen. Die Integration der Ziele der Agenda 2030 in die WTO-Regeln sei bisher unzureichend. So sollte zum Beispiel ein viel größerer Fokus auf menschen-

Globale Trends. ANALYSEN 02|2020

Globale Handelskooperation nach COVID-19 und die Zu- kunft der WTO

Peter Draper

Die internationale Handelskooperation ist spätestens seit der Jahrtausendwende zunehmenden Spannungen ausgesetzt. Über weite Teile der ersten Dekade befanden sich Kräfte im Auftrieb, die die Integration des globalen Handels förderten. Seit 2008 setzten jedoch wiederholt Schockwellen geballte desintegrative Kräfte frei. Wie Peter Draper in der Ausgabe 2|2020 von GLOBALE TRENDS. ANALYSEN erläutert, beschleunigt COVID-19 diese Entwicklung und erschwert die Reform der WTO. Er sieht darin jedoch nicht das Ende der globalen Handelsintegration – jede Krise biete auch Chancen für Reformen.



rechtliche Folgenabschätzungen gelegt werden. Eine CO2-Steuer könnte ein weiteres Instrument sein, um die Ziele der Agenda 2030 in die Handelspolitik zu integrieren.

Wege aus der Krise

Angesichts der schwerwiegenden Herausforderungen, vor denen die Welthandelsordnung und insbesondere die WTO bereits vor der COVID-19-Pandemie standen und die durch sie weiter verschärft und akzentuiert wurden, stellte sich die Frage nach Wegen aus der Krise. Beim Expertenworkshop wurden verschiedene Ansätze diskutiert, die von eher kurzfristigen Maßnahmen bis hin zu grundlegenden Veränderungen reichen. Zu den kurzfristigen Schritten gehört die bessere Vorbereitung von Institutionen, Regierungen und Unternehmen auf Krisenereignisse. Katastrophen können ohne Vorwarnung und überall eintreten, wie es ein Experte formulierte, und die Häufigkeit von Krisen werde zunehmen. Die WTO benötige dringend ein Krisenmanagementprotokoll, um Unterbrechungen in ihrer Arbeit wie die während der COVID-19-Pandemie zu vermeiden. Neben einem Krisenmanagementplan sahen einige Workshop-Teilnehmende auch die Notwendigkeit für mehr Transparenz und verbesserte Arbeitsabläufe bei der WTO.

Auf einer allgemeineren Ebene waren sich die meisten Expert*innen einig, dass der einzige Weg aus der aktuellen Krise in einer noch stärkeren internationalen Zusammenarbeit liegt und dass der Handel ein entscheidender Motor für die wirtschaftliche Erholung sein wird. Aber wir sollten nicht in dem Narrativ der ökonomischen Effizienz verharren – Technokratie mache keinen Handel, wie eine Expertin sagte, wir müssten die politische Dimension mitdenken.

Ein anderer Experte fügte hinzu, dass es einen klaren Bedarf für einen Neustart des multilateralen Systems gebe, einschließlich neuer Narrative über die Vorzüge einer guten Regulierung und von Regeln auch im Hinblick auf das Verhalten von Unternehmen.

Über die richtige Strategie zur Neuerfindung des multilateralen Handelssystems waren die Meinungen jedoch geteilt. Die Annahme, dass die WTO-Mitgliedschaft zu einer normativen Konvergenz der Staaten führe, treffe auf Systemkonkurrenten nicht zu, analysierte eine Expertin. Stattdessen werde die sich vertiefende ökonomische Integration von einigen Staaten für geostrategische Zwecke missbraucht – ein Phänomen, das sie als „Interdependenz als Waffe“ (weaponised interdependence) bezeichnete und das der angenommenen positiven Korrelation zwischen Wohlstand und Frieden widerspreche. Um diesem Missbrauch zu begegnen, so die Expertin, sei das globale Handelssystem zu entkoppeln mit der Option, die Integration lediglich zwischen gleichgesinnten Ländern voranzutreiben. Strengere Regeln könnten nur mit einer begrenzten Anzahl von Partnern umgesetzt werden. Die Alternative wäre ein seichter Multilateralismus mit wenig Compliance. Beide Alternativen seien kostspielig und brächten weniger Wohlstand für alle, doch das Modell eines begrenzten Multilateralismus überzeuge durch Sicherheitsgewinne, fuhr sie fort.

Diese Position löste eine intensive Debatte aus. Das Entstehen einer Welt mit zwei Handelssystemen sei der Menschheit nicht dienlich, argumentierte eine andere Expertin. Stattdessen solle die EU die Führung zur Stärkung eines inklusiven multilateralen Ansatzes übernehmen. Wenn eine globale Zusammenarbeit derzeit nicht möglich sei, solle sich die EU bemühen, mit gleichgesinnten Ländern, auch aus dem Globalen Süden, zusammenzuarbeiten, um plurilaterale Abkommen zu erreichen, die nicht gegen einen anderen Block gerichtet, sondern für alle offen sein sollten: „Die Herausforderungen dabei dürfen nicht unterschätzt werden, aber außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen.“

Global Governance Spotlight 2|2020

COVID-19 und Global Governance im Gesundheits- bereich: Auf den positiven Aspekten aufbauen

Sara E. Davies



Die globalen gesundheitlichen und sozialen Folgen der COVID-19 Pandemie sind noch lange nicht ausgestanden. Im Global Governance Spotlight 2|2020 zieht Sara Davies, Professorin an der australischen Griffith Universität, eine erste Bilanz des internationalen Krisenmanagements. Dabei macht sie auf wichtige Fortschritte im Vergleich zu früheren Pandemien aufmerksam – von der Infektionsmeldung und Öffentlichkeitsarbeit bis zum Menschenrechtsschutz. Bei aller berechtigten Kritik kann die globale Gesundheitsgovernance aus diesen Aspekten lernen und darauf aufbauen.

Die UN mit 75: Europas Vision für die Weltorganisation

Im Jahr 2020 feierten die Vereinten Nationen (UN) ihr 75-jähriges Bestehen. In einer Zeit, in der sich viele ihrer Errungenschaften wie aus einer fernen Vergangenheit anfühlen und der Multilateralismus angesichts des wiederauflebenden Nationalismus auf dem Rückzug ist, scheint Europas kontinuierliche Unterstützung für die UN unverzichtbar. Vor welchen Herausforderungen die UN derzeit stehen



sef: Policy Lunch März 2020 in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union, Brüssel

und wie Europa die Weltorganisation stärken könnte, diskutierten Praktiker*innen von EU und UN mit Vertreter*innen von Wissenschaft und Zivilgesellschaft bei einem sef: Policy Lunch in Brüssel im März 2020.

Mangelnde Führung, finanzielle Engpässe, Legitimationskrise

Angesichts enormer globaler Herausforderungen werden die UN mehr denn je gebraucht, betonte Hans H. Stein, Leiter der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der EU, in seiner Begrüßung. Um diesen Herausforderungen angemessen begegnen zu können, müsse die Institution jedoch dringend ihre Kapazitäten stärken und Antworten auf berechnete Kritik finden.

Dr. Georgios Kostakos, Kooperationspartner der Veranstaltung und Exekutivdirektor der Foundation for Global Governance and Sustainability (FOGGS), konstatierte zunächst einen „Mangel an Führung in den UN“ im Hinblick auf inspirierende Visionen, aber auch auf mutige Interventionen in Krisensituationen wie in Syrien und Venezuela. Als mögliches Worst-Case-Szenario für die Zukunft der Vereinten Nationen malte er das Bild eines Todes auf Raten, wenn Länder, die von Populismus getrieben werden, ihre

politische Unterstützung und finanziellen Beiträge stetig reduzieren und die UN schließlich ausbluten.

Südafrikas Botschafter in Belgien, Dr. Manelisi Genge, fügte hinzu, dass die Legitimationskrise der UN ihre Kernherausforderung bleibe, wozu insbesondere die Nicht-Repräsentation Afrikas unter den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates gehöre. „Der Mangel an Legitimität der UN kann nicht länger ignoriert werden“, verdeutlichte er mit Blick auf die längst überfällige Reform des Gremiums.

Wie die EU einen Unterschied machen könnte

UN-Generalsekretär António Guterres hat in den letzten Jahren in verschiedenen Bereichen wichtige Reformen angestoßen. Damit diese wirksam werden können, sei aber viel mehr Unterstützung durch die Mitgliedstaaten erforderlich, erläuterte Hilde F. Johnson, Norwegens ehemalige Ministerin für internationale Entwicklung und ehemalige Leiterin der UN-Mission im Südsudan. Die Kernfinanzierung sei ein Schlüsselbereich, bei dem die EU etwas bewirken könne. Johnson forderte einen Notfall-Finanzierungsmechanismus und neue Wege der Mittelbeschaffung, um die derzeitige erhebliche Finanzierungslücke zu überwinden. In Reaktion darauf warnte Dr. Jibecke Joensson, Referentin für multilaterale Beziehungen beim Europäischen Auswärtigen Dienst, davor, sich nur auf einen Mitgliedstaat oder eine Gruppe von Staaten zu konzentrieren, um die Finanzierungslücke zu schließen. Dies könnte die Unparteilichkeit der Institution gefährden. Es müsse eine kollektive Lastenteilung in Bezug auf die

Global Governance Spotlight 4|2020

Ein Update für das Internet. Reform der globalen digitalen Zusammenarbeit 2021

Matthias C. Kettemann |
Alexandra Paulus



Im Global Governance Spotlight 4|2020 zeigen Matthias C. Kettemann und Alexandra Paulus, dass das Jahr 2021 erhebliche Chancen für ein „Update des Internets“ bietet. Die Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft sind in den vergangenen Jahren rasant gestiegen. Durch verbesserte internationale Kooperation und die Umsetzung der bereits formulierten Cybernormen könnte die globale Digitalpolitik grundlegend reformiert werden. Welche Schritte dafür notwendig sind, erläutern die Autoren in diesem Spotlight.

Kernfinanzierung geben; zugleich sollten alternative, ergänzende Finanzierungswege erkundet werden.

Johnson fordert außerdem von der EU, universell vereinbarte Normen zu schützen und umzusetzen. Dies ist derzeit nicht immer der Fall, wie Anna-Luise

nutzen, um einen Prozess des Überdenkens zu starten, wie sich die UN im digitalen Zeitalter besser in den Dienst der Menschheit stellen kann.

Chané forderte hingegen, die Strukturen der UN grundlegend zu überdenken, um aus dem Nachkriegs-Status herauszukommen. Unter anderem sollte über Wege nachgedacht werden, die UN besser mit den Bürger*innen zu verbinden. Hier könnte die EU als Labor fungieren und ihre Erfahrungen weitergeben, da auch sie sich mit Demokratiedefiziten auseinandersetzen müsse.

Ein Teilnehmer ging noch weiter und forderte, dass wir nicht länger nach Multilateralismus streben sollten, da dieser sich zu sehr auf den Nationalstaat konzentrierte. Nötig sei stattdessen eine Multi-Level-Governance in Form eines „Omnilateralismus“, an dem verschiedene Akteure beteiligt sind. „Wir müssen von Abstimmungen zu einer Stimmenvielfalt kommen“, fügte er hinzu. Dr. Joensson warf die Frage auf, wie ein solches System in der Praxis funktionieren sollte, wo es bereits ziemlich schwierig sei, zwischen den 193 UN-Mitgliedstaaten zu verhandeln. Zugleich stimmte sie zu, dass es wichtig sei, die wachsende Kluft zwischen den Spezialist*innen innerhalb des „Systems“ und den Menschen außerhalb zu verringern.



sef: Policy Lunch März 2020: Anna-Luise Chané, Jibecke Joensson, Hilde F. Johnson und Silke Weinlich (v.l.n.r.)

Chané, Research Fellow am Leuven Centre for Global Governance Studies, im Hinblick auf die Menschenrechte aufzeigte. Im Allgemeinen sei der Beitrag der EU in den UN-Menschenrechtsinstitutionen recht substantziell, sagte sie, aber die EU müsse proaktiver sein, wenn es darum gehe, neue dringende Menschenrechtsthemen anzugehen.

Themenbezogene Allianzen und Omnilateralismus als Wege in die Zukunft

Sowohl Chané als auch Johnson forderten die EU auf, aktiv neue themenbezogene Allianzen aufzubauen und die UN zu nutzen, um Herausforderungen wie Klimawandel, Meeresverschmutzung und Digitalisierung anzugehen. Durch substantielle Beiträge zur Lösung dieser Themen könnten die UN neue Legitimität gewinnen. Die EU habe bereits eine solche strategische Neuausrichtung eingeleitet, erklärte Dr. Joensson, indem sie aktiv neue globale Partnerschaften schmiedete.

Dr. Kostakos mahnte, dass Veränderungen an diesem historischen Punkt nicht erzwungen werden sollten. Für den UN75-Gipfel wäre es schon ein Erfolg, ein starkes Bekenntnis zur UN in ihrer jetzigen Form zu erhalten. Wenn man zu sehr auf eine groß angelegte Reform dränge, könne es am Ende zu Rückschritten kommen. Stattdessen empfahl er, den Jahrestag zu

Globale Trends. Analysen 03|2020

**Tech power to the people!
 Demokratisierung von
 Zukunftstechnologien im
 Dienst der Gesellschaft**

Renata Ávila Pinto



Die Technologisierung und Digitalisierung staatlicher Dienstleistungen schreitet rasant voran. Die erhoffte Effizienzsteigerung und Kostensenkung ist jedoch mit den Risiken von Diskriminierung und Überwachung verbunden. Die guatemaltesische Menschenrechtsanwältin Renata Ávila Pinto fordert deshalb in den GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 3|2020, die Konzipierung technischer Maßnahmen des öffentlichen Sektors stärker an den Menschenrechten, demokratischen Regeln und den Zielen für nachhaltige Entwicklung zu orientieren. Voraussetzung dafür ist ein höheres Maß an Unabhängigkeit von großen Technologieunternehmen, eine partizipatorische Gestaltung sowie die Erprobung in Zusammenarbeit mit den Gemeinschaften, denen die Technologien dienen sollen.

Programmbereich II: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Regionale und lokale Umsetzung

Gemeinsam gegen soziale Ungleichheit: Ansätze auf lokaler Ebene

Die Corona-Pandemie hat das Ausmaß sozialer Ungleichheit weltweit vor Augen geführt und es verschärft. Zugleich gab es gerade auf lokaler Ebene viele kreative Ideen und Initiativen, um den sozialen Zusammenhalt zu erhalten und zu stärken. Was können wir daraus lernen? Wie können Kommunen und Städte gerechter werden? Darüber diskutierten beim Bonn Symposium im November 2020 mehr als hundert Kommunalvertreter*innen und Fachleute für nachhaltige Entwicklung aus verschiedenen Weltregionen virtuell.

Ein neuer Blick auf soziale Ungleichheit in der Pandemie

Die Pandemie schafft keine gänzlich neuen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, vielmehr verstärkt sie bestehende Missstände in der Gesellschaft. Darauf machte NRW-Staatssekretärin Serap Güler zu Beginn der Veranstaltung aufmerksam. Ein Beispiel sei der mangelnde Zugang zur Gesundheitsversorgung für viele Menschen weltweit. Ebenfalls schon vor der Pandemie sei klar gewesen, dass schädliche Umwelteinflüsse besonders ärmere Menschen treffen, wie Dr. Isabell Kempf, Leiterin des Bonner Büros des UN-Forschungsinstituts für soziale Entwicklung (UNRISD), am Beispiel der Luftverschmutzung ergänzte. Dadurch stiegen dann auch die Risiken einer schweren COVID-19-Erkrankung. In der Konsequenz müssten Umweltrisiken und soziale Risiken viel stärker zusammengedacht werden.

Dabei sind vor allem die Kommunen gefragt. Denn hier wird soziale Ungleichheit im Alltag greifbar, und Lösungen wirken unmittelbar und konkret. Kommunen sind außerdem besonders gut darin, neue Wege zu beschreiten und Experimente zu wagen, wie an vielen Praxisbeispielen während der Tagung deutlich wurde. Was sich aus diesen Beispielen lernen lässt und ob der darin angelegte Wandel weitreichend genug ist, das waren zentrale Diskussionsstränge.

Kommunen haben es in der Hand

Städte und Gemeinden können ein Schlüsselfaktor für die Bekämpfung sozialer Ungleichheit sein, argumentierte auch Professorin Frances Stewart, Entwicklungsökonomin an der Universität Oxford. Dabei sei es wichtig, Ungleichheit nicht auf materielles Einkommen zu reduzieren, sondern beispielsweise auch ungleiche Bildungs- und Teilhabechancen in den Blick zu nehmen. Durch zu starke Ungleichheiten

würden nicht alle Talente einer Gesellschaft genutzt werden. Schlimmer noch, es drohen ein Vertrauensverlust in die Gemeinschaft und im schlimmsten Fall sogar gewaltsame Konflikte.



Bonn Symposium 2020: Moderation Meriam Wakili

Die Verringerung von Ungleichheit ist deshalb zu Recht ein zentrales Ziel der UN-Agenda 2030. Eine Kombination aus direkten und indirekten Interventionen sei dabei die beste Wahl, erklärte Professorin Stewart. In Malaysia habe man zum Beispiel Quoten im Bildungssektor mit allgemein höheren Bildungsausgaben kombiniert und so gute Erfolge erzielt. Wichtig sei auch die Zielperspektive. So müsse die Verringerung von Ungleichheit über die Durchsetzung elementarer Grundrechte wie Zugang zu Nahrung hinausgehen. Denn Letztere definierten immer nur ein Minimum dessen, was jedem Menschen zustehe. Gleichheit und Ungleichheit seien aber relative Kategorien und gerade darum für den Alltag der Menschen und den Zusammenhalt einer Gemeinschaft so wichtig.

Öffentliche Räume stärken

Ein Mittel, um solche relativen Gefälle anzugleichen, kann die Gestaltung des öffentlichen Raumes sein. Frei zugängliche Straßen und Plätze schaffen Orte der zufälligen Begegnung, an denen alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen oder ihrer Herkunft, teilhaben können. Während der Coronakrise wurde genau das schmerzlich vermisst. Öffentliche Räume schaffen zudem Ressourcen, die allen

offenstehen, wie z.B. Orte für die Kinderbetreuung oder für den Kleinstanbau von Nahrungsmitteln, wie Kirsten Wilkins von der Initiative Open Streets aus Kapstadt erläuterte. Und doch dürfe man sich keine Illusionen machen, denn historisch gewachsene strukturelle Ungerechtigkeiten, etwa Rassismus und fehlender Zugang zu Land, könnten allein dadurch nicht geändert werden.



Bonn Symposium 2020: Isabell Kempf und Merjam Wakili (v.l.n.r.)

Mit Blick auf die konkreten Herausforderungen wurden zudem starke Unterschiede zwischen den Weltregionen deutlich. In vielen Städten des Globalen Südens gehe es darum, überhaupt erst freie und sichere öffentliche Räume zu schaffen, erläuterte Astrid Ley, Professorin am Städtebau-Institut der Universität Stuttgart. Öffentliche Räume in Kapstadt seien tatsächlich oft angstbesetzt und zudem vom Autoverkehr dominiert, ergänzte Kirsten Wilkins. „Wir schaffen sichere Räume für gefährliche Ideen“, so Wilkins, etwa durch eine Fahrradrally nur für Frauen. In Deutschland hingegen gehe es um den Erhalt und Ausbau des öffentlichen Raumes, fuhr Astrid Ley fort. Hier spielten stärker ökonomische Bedenken eine Rolle, etwa wenn die Umwidmung von Parkplätzen auf den Widerstand von Ladenbesitzer*innen stoße.

Vielfalt erkennen und fördern

Zugängliche und gemeinschaftliche Räume sind allerdings keine Garantie gegen Diskriminierung. Vielmehr werden Menschen auch in der lokalen Politik oder dem kommunalen Vereinsleben mit gruppenbezogenen Vorurteilen konfrontiert. Ein Blick in viele Stadträte oder Vereinsvorstände zeigt etwa, dass Frauen und Zugewanderte dort immer noch kaum vertreten sind. Konkrete Initiativen dagegen präsentierte Dr. Marta Mazurek, Stadträtin in Posen und Leiterin der Stabsstelle Gleichheit und Diversität. Durch die Benennung von Straßen nach weiblichen Persönlichkeiten der Stadtgeschichte sei es gelungen, ein neues Bewusstsein für die Bedeutung von Frauen

im öffentlichen Leben zu schaffen. Aus dem kommunalen Haushalt seien zudem Trainings für lokale Politikerinnen finanziert worden. Mittlerweile könne Posen in der Lokalpolitik den zweithöchsten Frauenanteil in Polen vorweisen.

Es geht auch darum, das Selbstbild sozialer Gruppen nach innen zu verändern, ergänzte Sami Dzemailovski, Gründer und Vorsitzender des Vereins Carmen e.V. in Düsseldorf, der sich seit vielen Jahren für die Belange junger Roma in der Gesellschaft einsetzt. Viele Roma verleugneten ihre Kultur aus Angst vor Diskriminierung. Carmen e.V. möchte junge Roma dazu ermutigen, zu ihrer Kultur zu stehen. Zugleich arbeite man mit den Kommunen in Projekten zusammen, um etwa die Berufs- und Bildungschancen junger Roma zu verbessern.

Der Schlüssel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft liegt in der richtigen Ansprache und Kommunikation. In Neukölln übernehmen die sogenannten Stadtteilmütter diese Aufgabe, über die Maria Macher berichtete. Sie sprechen im Auftrag der öffentlichen Hand mit türkisch- oder arabischstämmigen Frauen über Bildungs-, Gesundheits- oder Erziehungsfragen und bieten ihre Beratung, etwa im Umgang mit Behörden, an. Wirksam ist diese Initiative vor allem deshalb, weil die Stadtteilmütter selbst Teil der jeweiligen Gemeinschaften sind und deren Probleme und Bedürfnisse aus eigener Erfahrung kennen.

Megatrends verändern das Gesicht der Ungleichheit

Der Kampf gegen Vorurteile hat eine jahrhundertlange Geschichte, aus der sich viel lernen lässt. Doch die Gesellschaften und ihre Umwelt verändern sich rapide und das Symposium diene auch dazu, daraus Folgerungen für den Kampf gegen Armut und Ungleichheit abzuleiten. Dr. Kempf plädierte etwa dafür, die sozialen Verteilungseffekte beim Klima- und Umweltschutz stärker zu berücksichtigen. Dann könnten gerade auf lokaler Ebene neue Allianzen entstehen, etwa zwischen Umweltaktivist*innen und Gewerkschaften. Kommunen sollten den Klimaschutz zudem mit einer sozialpolitischen Agenda verbinden, etwa durch Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte in der Green Economy.

Ein anderer Megatrend mit erheblichen Verteilungseffekten ist die wachsende Bedeutung von Internetplattformen, beispielsweise für Transport- und Lieferdienste. Werden dadurch Dumping-Preise und prekäre Beschäftigung gefördert? Oder bieten digitale Plattformen vielen Menschen neue Chancen, indem sie ungerechte Privilegien infrage stellen? Tola Odeyemi, die Leiterin der Public Policy Abteilung von Uber in Westafrika, stellte die Chancen gerade für Entwicklungsländer heraus. Uber unterstütze und verknüpfe traditionelle Formen der Mobilität, etwa Tuk Tuks oder kleine Boote, mit einer digitalen Platt-

Der sef: Beirat im Gespräch mit Mitgliedern des Sächsischen Landtags

„Noch nie wurde uns die enge Verflochtenheit der Welt so radikal vor Augen geführt wie angesichts der weltweit grassierenden Corona-Pandemie“ – mit diesen Worten begrüßte die stellvertretende Vorstandsvorsitzende der sef, Viola Klein, im September 2020 die Gäste der Veranstaltung „Der sef: Beirat im Gespräch mit Mitgliedern des Sächsischen Landtags“. Und in der Tat, die Ausbreitung des Corona-Virus rund um den Globus innerhalb weniger Wochen hat Anfang 2020 eindrucksvoll demonstriert, wie eng die Welt nach Jahrzehnten der fortschreitenden Globalisierung vernetzt ist. Ebenso eindrucksvoll zeigte die Pandemie die ausdifferenzierte globale Arbeitsteilung in der Wirtschaft auf – und die daraus resultierenden gegenseitigen Abhängigkeiten.

Auch der Freistaat Sachsen ist in vielfältiger Weise in überregionale und internationale Strukturen eingebunden, die für wirtschaftlichen Wohlstand und kulturelle Vielfalt unabdingbar sind. Zugleich bedeutet diese Vernetzung, dass sich Krisen in anderen Weltregionen unmittelbar auf Sachsen auswirken, wie in der Vergangenheit u.a. auch die Flüchtlingsbewegungen gezeigt haben. Noch viel mehr gilt dies für Herausforderungen, die per se keine Grenzen kennen, wie etwa für den Klimawandel, dessen Folgen inzwischen auch hierzulande Sommer für Sommer zu spüren sind. Daraus ergibt sich unmittelbar die Frage, welche Möglichkeiten der Freistaat hat, zu einer friedlichen und nachhaltigen Entwicklung weltweit beizutragen.

Mitten im Herzen Europas gelegen habe sich Sachsen zu keiner Zeit eine „splendid isolation“ leisten können, so Prof. Dr. Dominik Steiger von der TU Dresden. Auch angesichts der COVID-19-Pandemie, die das nationalstaatliche Denken und den Wettbewerb zwischen den Großmächten befördert habe, liege es an jedem Einzelnen, die Verbindungen in die Welt nicht zu kappen, sondern zu stärken und dabei die Menschen, die Verlierer der Globalisierung sind, mitzunehmen und zu beschützen.

In ihrer in Abwesenheit verlesenen Rede schlug die ehemalige Präsidentin von Brot für die Welt, Prof. Dr. h.c. Cornelia Füllkrug-Weitzel, den Bogen zur praktischen Politik auf Landesebene. Die in der Agenda 2030 verankerten Ziele für nachhaltige Entwicklung müssten zum Maßstab jeglichen Handelns auch in der Landespolitik werden, lautete ihre Forderung an die Landtagsabgeordneten. Was im Landtag beschlossen werde, dürfe keine negativen Auswirkungen auf das Leben anderer Menschen haben, auch wenn sie Tausende von Kilometern entfernt lebten. Jens Martens, Geschäftsführer des Global Policy Forum, ermutigte die Abgeordneten, nachhaltige Entwicklung nicht als Belastung, sondern als Chance für die Zukunftsfähigkeit des Landes zu sehen. Weltoffenheit falle positiv auf eine Gesellschaft zurück.



Professor Dominik Steiger, Jens Martens, Mathias Anderson und Dr. Marianne Beisheim (v.l.n.r.)

form und führe sie ins 21. Jahrhundert. Gerade junge Menschen erhielten so eine Perspektive.

Die Potenziale neuer Technologien bekräftigte auch Klemens Himpele, Chief Information Officer der Stadt Wien. Zugleich sei eine effektive Regulierung erforderlich, um etwa die missbräuchliche Vermietung öffentlich geförderter Wohnungen an Touristen oder Verstöße gegen das Arbeitsrecht zu unterbinden. An diesem Punkt sprach sich Gregory Randolph, Executive Vice President von JustJobs Network, für

eine stärkere Differenzierung aus. In Europa oder Nordamerika sei die Mehrzahl der Arbeitsverhältnisse formalisiert, und es gebe ein soziales Sicherungsnetz. In vielen Ländern des Globalen Südens hingegen dominiere der informelle Sektor. Dort könne die Verbreitung digitaler Plattformen genutzt werden, um viele Arbeiten erstmals vertraglich zu regeln und von Seiten der Behörden zu erfassen. Kommunen und Plattformbetreiber könnten auf dieser Grundlage zusammenarbeiten, um soziale Sicherungssysteme zu schaffen.

Mit Daten das Gemeinwohl stärken

Ungleichheit in Zeiten der Digitalisierung bedeutet auch, dass einige über Daten verfügen und andere nicht. Allerdings müssen nicht zwangsläufig nur digitale Internetplattformen wie Uber oder Airbnb profitieren. Zivilgesellschaftliche Akteure und Initiativen haben ebenfalls viele Möglichkeiten, selbst Daten zu erheben bzw. diese zu verarbeiten und dadurch soziale Ungleichheiten zu verringern. Das wurde in vielen Beiträgen zum Bonn Symposium deutlich, etwa in Bezug auf Apps, mit denen Frauen vor Übergriffen



Bonn Symposium 2020: Sami Dzemailovski im Gespräch

im öffentlichen Raum geschützt werden können, oder durch zuverlässige und aktuelle Informationen über das Ausmaß von Umweltbelastungen auf der Mikroebene, die Anwohner*innen den Behörden zukommen lassen können.

Ein Beispiel dafür, was mithilfe von Daten und wissenschaftlichen Methoden machbar ist, bietet die Arbeit des Mayor's Office for Economic Opportunity der

Bonn Symposium 2020

Die wichtigsten Video-Ausschnitte sowie eine Reihe von Kurz-Clips vom Bonn Symposium 2020 „Soziale Ungleichheit reduzieren – Ansätze auf lokaler Ebene“ finden sich auf der Projektwebsite <https://www.sef-bonn.org/veranstaltungen/bonn-symposium/2020.html>.



Stadt New York, das durch dessen Direktor Matthew Klein vertreten war. Er erläuterte, dass kleinteilige Daten es ermöglichen, genau hinzuschauen und beispielsweise bei insgesamt positiven Trends, wie dem Rückgang der Kindersterblichkeit, Handlungsbedarfe zu erkennen. So sehe man erst durch genauere Daten und deren Aufschlüsselung, dass die Kindersterblichkeit unter der schwarzen Bevölkerung New Yorks dreimal so hoch ist wie in der Gesamtbevölkerung. Nur wenn man das wisse, könne man adäquat handeln und die medizinische Vorsorge und Versorgung zielgerichtet verbessern.

Im Kleinen beginnt der große Umbruch

Zu wissen was wo zu tun ist, reicht aber nicht aus; auch die finanziellen Mittel müssen vorhanden sein. Doch nicht immer bedarf es großer Summen, um das Leben in einem Stadtviertel grundlegend zu ändern. Das beste Beispiel dafür ist die preisgekrönte Verwandlung des ehemaligen „Problemviertels“ Wulsdorf in eine lebenswerte Nachbarschaft, von der Sieghard Lückehe, Geschäftsführer der Städtischen Wohnungsgesellschaft Bremerhaven, berichtete. Andere Kommunen würden auf den teuren Rückkauf einst privatisierter Immobilien setzen oder hohe Renovierungs- bzw. Neubaukosten auf die Mieter*innen umlegen. Mit Kreativität sei es in Wulsdorf gelungen, die existierende Bausubstanz durch kleine, aber wirkungsvolle Maßnahmen, etwa Holzaußenverkleidungen, aufzuwerten. Indem man auf hohe Mietsteigerungen verzichten konnte, seien die sozialen Netzwerke der Menschen erhalten geblieben.

Auch grundsätzlich gab es Einwände gegen die These, dass der Finanzbedarf das Hauptproblem bei der Bekämpfung von Armut und Ungerechtigkeiten in Kommunen sei. Wir sollten aufhören, vor allem über das Geld nachzudenken und uns stattdessen wirksamen Transformationsschritten zuwenden, argumentierte Professor Derk Loorbach von der Universität Rotterdam. Gerade Initiativen und Experimente an den Rändern der Gesellschaft könnten uns sehr voranbringen, betonte ebenfalls Anne Pinnow. Dort werde das gewohnte Denken hinterfragt und Alternativen würden mit Leben gefüllt. Kommunen wiederum können und sollten diese Nischen fördern, fügte Pinnow hinzu. Viele Impulse des Bonn Symposiums zeigten auf, wie diese Aufgabe gelingen kann und wie sich verschiedene Kräfte bündeln lassen, um Dynamiken der Ungleichheit umzukehren. Wenn in den kommenden Monaten und Jahren der gesellschaftliche Wiederaufbau nach COVID-19 organisiert wird, können diese Ideen hoffentlich dazu beitragen, die Gesundheitskrise und die soziale Krise zusammen zu überwinden.

Handel und nachhaltige Entwicklung: Erfolgsbedingungen für die Panafrikanische Freihandelszone

Mit Beginn des Jahres 2021 ist die Panafrikanische Freihandelszone (African Continental Free Trade Area – AfCFTA) in Kraft getreten. Das weltweit größte Abkommen dieser Art könnte ein Schlüssel für die langfristige soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents sein. Zugleich könnten durch den neuen Wettbewerb auch regionale und innergesellschaftliche Konflikte verschärft werden. Wie können die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass möglichst viele Akteure von der Chance auf eine nachhaltige Entwicklung profitieren und negative Effekte vermieden oder abgemildert werden? Und welche Rolle haben dabei die internationalen Partner? Über diese Fragen diskutierten afrikanische und europäische Expert*innen bei den Potsdamer Gesprächen 2020, die aufgrund der Pandemie erst im Dezember stattfinden konnten. Außerdem stand bereits am 17. November 2020 bei einem sef: Policy Lunch die Frage im Mittelpunkt, wie die europäisch-afrikanischen Handelsbeziehungen die Perspektive der AfCFTA beeinflussen.

Wirtschaftliche Integration durch Corona noch dringlicher geworden

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie auf dem afrikanischen Kontinent sind dramatisch. Umso dringlicher sei die Umsetzung der Panafrikanischen Freihandelszone (AfCFTA), so Erastus Mwencha, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der AU-Kommission und heutiger Vorstandsvorsitzender der African Capacity Building Foundation (ACBF). Damit werde der grenzüberschreitende Handel angekurbelt und die Entstehung regionaler Wertschöpfungsketten gefördert. Langfristig werde ein gemeinsamer Markt anvisiert.



Potsdamer Wintergespräche 2020: Begrüßung durch Staatssekretärin Jutta Jahns-Böhm

Bislang ist der innerafrikanische Handel noch gering. Doch während sich die afrikanischen Exporte beispielsweise in die EU auf den Bereich der Rohstoffe konzentrieren, hat der intraregionale Handel einen viel größeren Anteil an Industrieprodukten. Und hier, so Professor Melaku Geboye Desta, Principal Regional Advisor bei der UN-Wirtschaftskommission für Afrika in Addis Abeba, liegt das Versprechen der AfCFTA. Darüber hinaus habe die AfCFTA das Potenzial, die alte und schädliche Teilung Afrikas in Nord und Süd zu überwinden.

Noch machen Zölle und bürokratische Auflagen den intraregionalen Handel oft sehr kostspielig. Global tätige Konzerne könnten diese Extralasten schultern, erklärte Maria Auma Horne, Gründerin von BLI Global Capital, das viele sozial orientierte Wirtschaftsprojekte in Afrika unterstützt. Junge und lokale Unternehmen könnten aber nicht mithalten. Ein Beispiel lieferte Samuel Mensah, der das Modetrend KISUA leitet. Wenn sein Unternehmen Stoffe aus Ghana kaufe, in Südafrika weiterverarbeite und dann als fertige Kleidung nach Ghana reimportiere, würden dafür dieselben Zölle fällig wie für ein ausschließlich in China hergestelltes Produkt.

Steven Pope, Vizepräsident Go Trade, Deutsche Post DHL, wies zudem auf den bürokratischen Aufwand der Zollabwicklung hin. Oft änderten sich Bestimmungen sehr kurzfristig. Gesamtwirtschaftlich sei das fatal, ergänzte Trudi Hartzenberg, Geschäftsführerin des Trade Law Centre in Stellenbosch: „Wir verlieren unsere globalen Wettbewerbsvorteile durch exzessive und teilweise willkürliche Dokumentationspflichten an den Grenzen.“ Pope sah jedoch auch Fortschritte. In einigen Ländern sei es durch digitale Prozesse gelungen, für vereinfachte und schnellere Verfahren zu sorgen. Die Realisierung der AfCFTA stimme ihn optimistisch, dass es in naher Zukunft zu einer weitreichenderen Harmonisierung kommen werde.

Regionaler Ausgleich und innenpolitische Reformen

Bis zur vollständigen Implementierung der AfCFTA ist es aber noch ein weiter Weg. Eine besondere Herausforderung ergibt sich aus den enormen Unterschieden zwischen den afrikanischen Volkswirtschaften. Daher plädierte Colette Van der Ven, Gründerin der Beratungsfirma TULIP in Genf, für Übergangs- und Unterstützungsprogramme zugunsten schwächerer Volkswirtschaften. Die bisherigen Ausnahmeregelungen seien nicht weitreichend genug.

Manche Sorgen seien unberechtigt, erwiderte David Luke, Koordinator des Trade Policy Centre der UN-

Wirtschaftskommission für Afrika. Denn tatsächlich würden regionale Wertschöpfungsketten gerade die ökonomisch schwächsten Länder voranbringen. Auch seien die erwartbaren Wohlfahrtsgewinne größer als Verluste durch wegfallende Zolleinnahmen. Deutlich skeptischer zeigt sich Professor Helmut Asche von der Universität Mainz. Es brauche kompensatorische Programme für den Aufbau wettbewerbsfähiger Produktionssektoren in schwächeren Staaten. Das zeige die Erfahrung in Europa, wo es solche koordinierten Bemühungen gegeben habe. Ohne vergleichbare Mechanismen werde die AfCFTA lediglich den bisherigen wirtschaftlichen Champions in Nigeria, Südafrika und Algerien zugutekommen.



Potsdamer Wintergespräche 2020 (im Uhrzeigersinn): Hanna Gersmann, Maria Auma Horne, Lerato Mataboge, Steven Pope und Samuel Mensah

Wie könnten solche Maßnahmen aussehen? Prudence Sebahizi, Leiter der AfCFTA-Abteilung zur Verhandlungsunterstützung und leitender technischer Berater zu Fragen der AfCFTA in der AU-Kommission, verwies diesbezüglich auf die geplante AfCFTA Facilitation Facility, die Kompensationen für den Verlust von Zolleinnahmen und schrumpfende Sektoren vorsehe. Allerdings sei die Finanzierung noch offen. Denkbar seien neben Beiträgen von Mitgliedstaaten auch die Beteiligung internationaler Partner. Memory Dube von der Afrikanischen Entwicklungsbank kritisierte in diesem Zusammenhang, dass Bemühungen um wirtschaftliche Integration auf der kontinentalen Ebene und innenpolitische Prozesse oft voneinander entkoppelt seien. Neben Steuerreformen seien auch in anderen Bereichen wie der Migrationspolitik Veränderungen erforderlich. Insgesamt müssten die Mitgliedstaaten weniger stark auf das Abschöpfen (rent-seeking) wirtschaftlicher Aktivitäten setzen, um den größtmöglichen Nutzen aus der AfCFTA ziehen zu können.

Soziale und ökologische Nachhaltigkeit stärken

Ein innenpolitischer Konsens zur Unterstützung der AfCFTA setzt allerdings voraus, dass Verteilungskonflikte zwischen gesellschaftlichen Akteuren vermie-

den und soziale Spannungen entschärft werden. Insbesondere die Interessen von Arbeitnehmer*innen seien in vielen Ländern übergangen worden, bemängelte Dr. Onoohomhen Ebhohimhen vom Nigerianischen Arbeiterkongress. Millionen qualifizierte junge Menschen seien ohne Arbeit. Um hier Lösungsansätze im Rahmen der AfCFTA zu finden, müssten Staat und Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten.

Himla Mote von der Internationalen Arbeitsorganisation plädierte ebenfalls dafür, im Zuge der Umsetzung der AfCFTA in einen sozialen Dialog einzutreten. Zugleich müssten Gewerkschaften ihre handelspolitische Expertise stärken, um den Informationsvorsprung der Regierungen und Unternehmen zu reduzieren und effektiv partizipieren zu können. Mehrere Teilnehmende bekräftigten den mangelnden Einfluss der Zivilgesellschaft, der sich auch im Ergebnis widerspiegeln würde. Vermisst würden etwa Passagen zu Rechten von Arbeitnehmer*innen sowie zur besonderen Rolle von Frauen in der Landwirtschaft und im informellen grenzüberschreitenden Handel.

Neben sozialen Kriterien muss ein nachhaltiger Freihandel auch eine ökologische Dimension haben. Diesbezüglich entstand eine lebhafte Diskussion über unerwünschte Nebenfolgen der wirtschaftlichen Integration, insbesondere für den Klimaschutz. Mehrere Teilnehmende wiesen die Annahme zurück, dass eine Stärkung des innerafrikanischen Handels und regionale Wertschöpfungsketten notwendigerweise zu höheren Emissionen führten. Die AfCFTA könnte zudem stärker als Instrument genutzt werden, um die Verbreitung ökologisch nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen voranzubringen, argumentierte Colette Van der Ven. Beispielsweise sollte grüne Technologie unbedingt zu den Güterklassen gehören, bei denen vorrangig die Zölle entfallen.

Umstrittene Rolle Europas

Um die ökologischen und sozialen Herausforderungen des wirtschaftlichen Integrationsprozesses zu meistern, braucht es konstruktive internationale Partnerschaften. Die Handelsbeziehungen zwischen Afrika und der EU wurden mehr als ein halbes Jahrhundert lang durch besondere Vereinbarungen getragen, gekennzeichnet durch einen einseitigen präferenziellen Marktzugang. Diese Regelung ist 2008 ausgelaufen und hat zu einem Flickenteppich von oft bilateralen Freihandelsabkommen in Form von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) geführt, die auf den Prinzipien der Gegenseitigkeit und Nicht-Diskriminierung beruhen. Melaku Desta kritisierte, dass die EPAs die regionale Integration Afrikas behinderten, „indem sie den afrikanischen Ländern perverse Anreize bieten, gegen ihre eigenen Verpflichtungen auf subregionaler Ebene zu arbeiten“. Das Problem liege im Wesentlichen in den unterschiedlichen Anreizen, die die EU für Entwick-

lungsländer bzw. für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) biete. Letztere sind für das „Everything but Arms“-Programm qualifiziert, das ihnen freien Zugang zum EU-Binnenmarkt für alle Produkte (außer Waffen) gewährt. Escipión J. Oliveira Gómez, stellvertretender Generalsekretär bei der Organisation Afrikanischer, Karibischer und Pazifischer Staaten, unterstrich hingegen das große Engagement der EU bei Aufbau und Finanzierung der AfCFTA und der notwendigen zugrundeliegenden Strukturen. Er wies darauf hin, dass es sich bei den EPAs um Handels- und nicht um Entwicklungsabkommen handle und dass es jedem Land überlassen sei, über seinen Weg zu entscheiden. Die EPAs zielten ursprünglich auf einen regionalen Ansatz ab, sagte er, aber für die am wenigsten entwickelten Länder biete das „Everything But Arms“-Programm gegenläufige Anreize. Aus seiner Sicht liegt die Schuld nicht bei der EU. Es liegt an den afrikanischen Staaten, ihre Zukunft zu gestalten und zu entscheiden, welchen Weg sie einschlagen wollen.

Desto zufolge zeigen Studien zu den Auswirkungen von EPAs, dass insbesondere die EU von einem besseren Zugang zu afrikanischen Märkten profitiert, während der innerafrikanische Handel tendenziell geschwächt wird. Diese Perspektive teilte auch David Luke. Eine vollständige Implementierung der EPAs bzw. deren Ausbau würde zulasten des innerafrikanischen Handels gehen. Priorität müsse die Umsetzung der Panafrikanischen Freihandelszone haben. Wichtig sei auch, dass die EU nicht bilateral mit einzelnen afrikanischen Ländern, sondern mit der AU insgesamt verhandele. Wir müssen eine gemeinsame

politik gegenüber Afrika zu überdenken: „Ein Afrika, das zunehmend mit sich selbst Handel treibt, wird wahrscheinlich ein friedlicherer, stabilerer, wohlhabenderer und verantwortungsvollerer Partner sein“, schloss er.

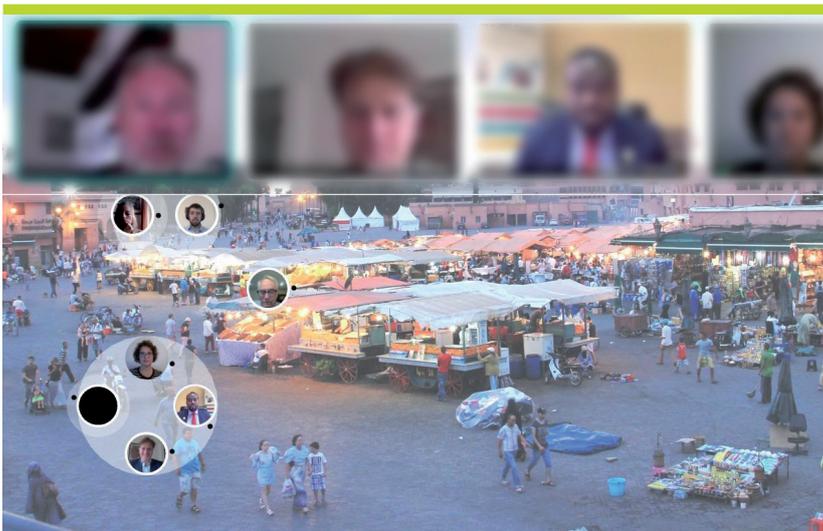


Potsdamer Wintergespräche 2020: David Luke

Mehr Kohärenz in der europäischen Politik erforderlich

Neben der Ausrichtung der europäischen Politik wurde deren Kohärenz hinterfragt. Europa könne an vielen Stellen Hilfe und Erfahrungen anbieten, wenn die afrikanischen Partner dies wünschten, müsse dabei aber kohärent vorgehen, forderte Fabio di Stefano, der in der Generaldirektion für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung der EU-Kommission für panafrikanische Programme zuständig ist. Das sei der Grundgedanke des „Team Europe“-Ansatzes. Dr. Sandra Bartelt, stellvertretende Kabinettschefin der EU-Kommissarin für internationale Partnerschaften, Jutta Urpilainen, betonte, dass die verschiedenen Stränge der EU-Politik gegenüber Afrika allmählich zusammengeführt würden. Im Rahmen ihres Mandats für internationale Partnerschaften Sorge die Kommissarin für diesen kohärenten Ansatz sowohl im Hinblick auf die neue Strategie mit Afrika als auch auf die Post-Cotonou-Verhandlungen. Als einen Meilenstein nannte Dr. Bartelt die Integration des Europäischen Entwicklungsfonds in den EU-Haushalt. Damit werde die geografische Zusammenarbeit mit den Staaten aus Afrika, Karibik und Pazifik (AKP-Staaten) im Rahmen des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit (NDICI) in den neuen mehrjährigen Finanzrahmen aufgenommen, so dass die südliche Nachbarschaft und Subsahara-Afrika aus einem Instrument finanziert werden könnten. Dies werde dazu beitragen, einen kohärenten kontinentweiten Ansatz zu entwickeln, sagte sie.

Stephan Bethe, Referatsleiter für Handelspolitik im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, betonte ebenfalls die Notwendigkeit einer umfassenderen Perspektive. Es gehe auch um die Energieversorgung, um Industriepolitik und das Anwerben von Investitionen. In all diesen Bereichen könne Europa mithelfen, die Voraussetzungen für einen nachhaltigen wirtschaftlichen Austausch zu schaffen.



Potsdamer Wintergespräche 2020: Networking in Wonder

Vision entwickeln, wie wir an unsere internationalen Partner herantreten, bekräftigte der ehemalige südafrikanische Handels- und Industrieminister Rob Davies. Die europäischen Partner müssten erkennen, dass es einen langfristigen Entwicklungspfad für Afrika gebe, der auch im europäischen Interesse sei und nicht durch Partikularinteressen blockiert werden dürfe. Desto forderte die EU auf, ihre Handels-

Den digitalen Graben überwinden

Eine willkommene Unterstützung, die europäische Partner leisten könnten, ist Hilfe bei der Finanzierung digitaler Geschäftsmodelle in Afrika, erläuterte Jamie MacLeod von der UN-Wirtschaftskommission



sef: Policy Lunch Nov. 2020: Begrüßung durch Hans H. Stein, Leiter der Landesvertretung NRW in Brüssel

für Afrika. Zwar habe es im Zuge der Pandemie auch in Afrika einen Digitalisierungsschub gegeben. Trotzdem fehle vielerorts das Vertrauen in den Onlinehandel, und Banken würden die Risiken von Krediten scheuen. Es gebe unzählige junge Unternehmer*innen, die mit vielversprechenden

Ideen in das Geschäft mit digitalen Dienstleistungen einsteigen möchten. Es hapere aber an den Finanzierungsmöglichkeiten; hier könnten die europäischen Partner wertvolle Hilfe leisten.

Infrastrukturdefizite seien ein weiterer Faktor, der es afrikanischen Produzent*innen und Händler*innen schwer mache, im Internet konkurrenzfähig zu sein. Das Internet sei in vielen afrikanischen Ländern nicht zuverlässig verfügbar und teuer. Zudem seien elektronische Bezahlssysteme unterentwickelt und Kund*innen seien auf dem Postweg oft schwer erreichbar, was den Versand von im Internet gehandelten Produkten behindere. Solche konkreten Probleme, und nicht die großen politischen Streitfragen, die etwa in der WTO verhandelt würden, machten den afrikanischen Unternehmen zu schaffen.

Auf die Frage von Teilnehmenden, ob nicht die Marktmacht großer IT-Konzerne bedeute, dass afrikanische Unternehmer*innen von vornherein chancenlos seien, entgegnete MacLeod, dass dies ein falsches Bild des Wettbewerbs zeichne. Afrikanische Unternehmer*innen müssten nicht mit Google konkurrieren. Es gebe in anderen Segmenten genug Spielraum auch für kleinere afrikanische Wettbewerber. Im Zuge der Entstehung einer gemeinsamen Wettbewerbspolitik könne die AfCFTA zudem auch einen wirksamen Hebel für den Umgang mit marktbeherrschenden westlichen IT-Konzernen liefern.

Zeit für ein neues Paradigma

Das Beispiel der Digitalisierung zeige einmal mehr, dass es für die wirtschaftliche Integration in Afrika keine Blaupause gibt. Auch die europäische Integration sei nicht unbedingt ein Vorbild, argumentierte MdEP Helmut Scholz, der dem Handelsausschuss

Global Governance Spotlight 3|2020

EU-Afrika-Handelsbeziehungen am Scheideweg. Afrikas Einheit stärken

David Luke | Simon Mevel | Melaku Geboye Desta



In Global Governance Spotlight 3|2020 rufen David Luke, Simon Mevel und Melaku Geboye Desta zu einer neuen Ausrichtung der Handelspolitik zwischen der EU und Afrika auf. Die gegenwärtig hochgradig asymmetrischen Handelsverflechtungen seien unhaltbar und schädlich für den innerafrikanischen Handel. Ziel des Handels mit der EU sollte eine Stärkung der wirtschaftlichen Integration Afrikas sein. Um das zu erreichen, müsse die EU der Verwirklichung der Panafrikanischen Freihandelszone Vorrang einräumen und den Abschluss weiterer bilateraler Freihandelsabkommen mit einzelnen afrikanischen Staaten und Regionen zurückstellen.

„Es besteht die Notwendigkeit, die Reisebestimmungen innerhalb Afrikas zu reformieren, um den freien Handel zu gewährleisten. Die Personenfreizügigkeit sollte aber nicht nur auf Geschäftsleute beschränkt sein, sondern auch für diejenigen zugänglich sein, die sich weiterbilden wollen, denn wie wir wissen, führt eine gebildete Gemeinschaft zu einer entwickelten Gesellschaft.“



Maria Auma Horne ist die Gründerin von BLI Global, einer Organisation, die sich für Initiativen für bessere und nachhaltige Lebensbedingungen rund um den Globus engagiert.

Lesen Sie das vollständige Interview über das Potenzial des Freihandels für junge Innovations-träger und Unternehmen in der **sef: insight 1|2020** mit dem Titel „AfCFTA has the ability to unite the continent“.

des Europäischen Parlaments angehört. Sie leide bis heute daran, dass zwar ein gemeinsamer Markt entstanden sei, jedoch keine gemeinsamen politischen Lösungen für die Probleme der Menschen, etwa im Hinblick auf ein sehr hohes Lohngefälle. Mit den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung gebe es aber Leitlinien, an denen man sich in allen Weltregionen orientieren könne.

Um diesen Zielen mithilfe des Freihandels näherzukommen, empfahl Rob Davies das Paradigma der entwicklungsorientierten Integration. Dazu gehöre eine moderne Industrialisierung mit Schwerpunkten in den Bereichen Digitalisierung und erneuerbare Energien. In diesem Zusammenhang, so Trudi Hartzenberg, sei die Tatsache wichtig, dass die AfCFTA nicht für sich alleine stehe, sondern sich unter dem Dach der Agenda 2063 der AU in viele komplementäre Maßnahmen einfüge, beispielsweise in die AU-Strategie für eine digitale Transformation. Hierin liege auch der Unterschied zu früheren Integrationsplänen, die auf der Ebene politischer Absichten verblieben seien. Hartzenberg und Davies wiesen zudem darauf hin, dass während der Pandemie die Entstehung regionaler pharmazeutischer Produktionscluster beobachtet werden konnte. Die Entstehung regionaler Wertschöpfungsketten sei also möglich und kein Luftschloss. Solche Möglichkeits-

räume, die die Krise hervorgebracht habe, müssten nun verstärkt genutzt werden.

In den Beiträgen der Potsdamer Wintergespräche wurde immer wieder deutlich, dass es dafür dreierlei braucht: Den politischen Willen der Entscheidungsträger*innen, gemeinschaftliche Instrumente eines fairen Interessenausgleichs und schließlich eine weitsichtige und kohärente Perspektive der internationalen Partner. Wenn es gelingt, diese in der Praxis zusammenzuführen, könnte Afrika dem Freihandel ein neues entwicklungsorientiertes Gesicht geben, das auch in anderen Weltregionen nachahmenswert wäre.

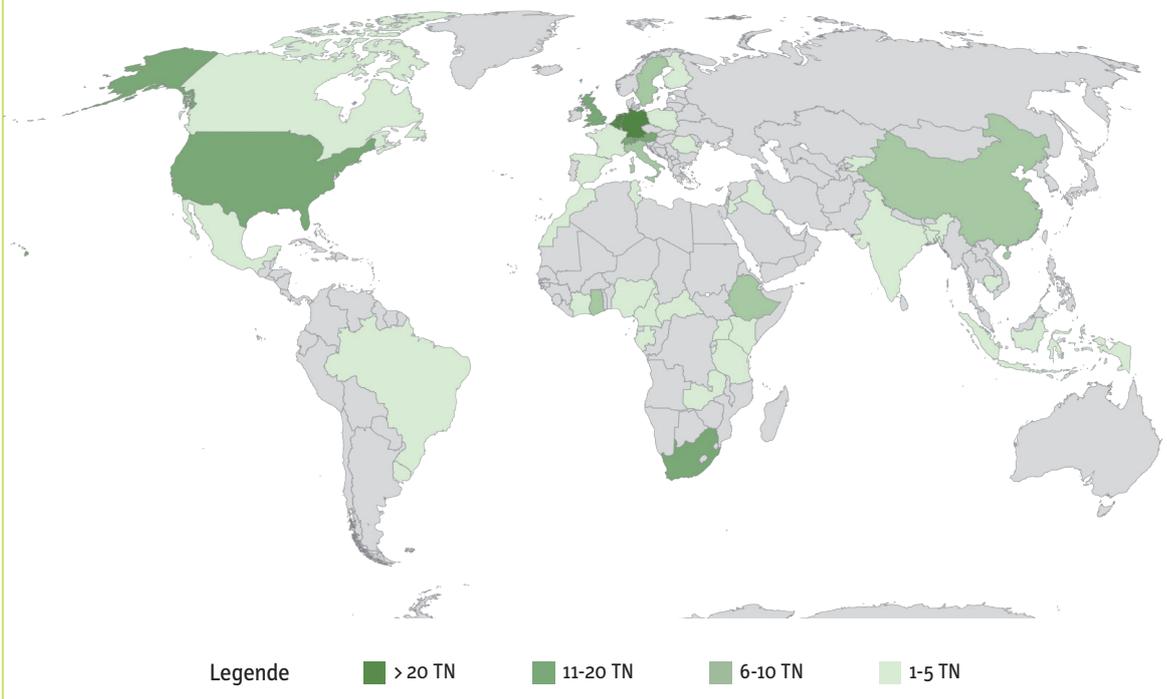
Potsdamer Wintergespräche 2020

Die wichtigsten Video-Ausschnitte sowie eine Reihe von Kurz-Clips der Potsdamer Wintergespräche „Panafrikanischen Freihandel nachhaltig gestalten“ finden sich unter <https://www.sef-bonn.org/veranstaltungen/potsdamer-fruehjahrsgespraech/2020.html>.



Herkunft der Teilnehmerinnen und Teilnehmer von sef: Veranstaltungen im Jahr 2020 weltweit

Teilnehmende aus 46 Ländern besuchten 2020 die Veranstaltungen der sef., eine Steigerung von knapp 50% gegenüber dem Vorjahr.



Programmbereich III: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Rohstoffe für den Klimaschutz: Strategien zur Konfliktprävention

Die Digitalisierung spielt für die gesellschaftliche Entwicklung eine immer größere Rolle. Gleichzeitig werden auch technologische Lösungen im Kampf gegen den Klimawandel wichtiger. Doch beide schaffen neue Herausforderungen, denn der Ressourcenbedarf ist enorm. Beim dritten Dresdner Forum für Internationale Politik im Januar 2020 konnte die Frage, wie Klimaschutz und eine konflikt-, umwelt- und menschenrechtssensible Förderung von Rohstoffen in Einklang gebracht werden, noch im



Dresdner Forum für Internationale Politik 2020: Plenum

Präsenzformat diskutiert werden. Die Veranstaltung, die rund 100 Expert*innen zusammenführte, wurde von der sef: in Zusammenarbeit mit dem Freistaat Sachsen, Engagement Global und der Stiftung Frauenkirche Dresden organisiert.

Zu schnell zu viel – Klimawandel und Rohstoffboom

Zu Beginn der Konferenz legte Professor Raimund Bleischwitz, Direktor der Bartlett School of Environment, Energy and Resources des University College London, dar, dass gerade eine sehr schnell steigende Nachfrage nach bestimmten Rohstoffen ein hohes Konfliktpotenzial birgt. Studien haben gezeigt, dass mehr als 40 % aller bewaffneten internen Konflikte in den letzten 60 Jahren mit dem Kampf um natürliche Ressourcen verbunden waren. Als prominentes Beispiel nannte Bleischwitz die Demokratische Republik Kongo. Darüber hinaus verwies Bleischwitz darauf, dass der Bergbau nicht nur aufgrund der illegalen Finanzierung von Konfliktparteien riskant sei. Durch den Bergbau entstünden auch neue lokale Konflikt-

linien. Bergbau sei beispielsweise besonders wasserintensiv und fände gleichzeitig oft in Gegenden statt, die bereits unter „Wasserstress“ leiden.

Wie stark sich der Bergbau auf die lokale Bevölkerung auswirkt, zeigte auch Ramón Morales Balcázar aus Chile, der sich in der Nichtregierungsorganisation Plurinational Observatory of Andean Salt Flats und der Tantí Stiftung engagiert. Mit der Stiftung beobachtet er die wachsende Nachfrage nach Kupfer und Lithium, beides Rohstoffe, die im Dreiländereck Chile, Bolivien und Argentinien in der Atacama-Wüste rund um die Salzseen abgebaut werden. Er kritisierte, dass wir als Menschheit auf diesem Planeten limitierte Ressourcen haben, aber der Illusion nachhängen, wirtschaftlich immer weiter wachsen zu wollen. In Chile führe der Kupfer- und Lithiumabbau zu einer Versalzung des Trinkwassers und der Frischwasservorkommen. Diese Auswirkungen würden bisher unzureichend in die Umweltbilanz von alternativen Technologien – zum Beispiel im Bereich der Elektromobilität – einkalkuliert, so Morales Balcázar, der verpflichtende Auflagen für Unternehmen forderte.

Freiwillige oder verpflichtende Standards?

Ob freiwillige Standards ausreichen oder verpflichtende Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um einen fairen und friedenserhaltenden Rohstoffabbau zu gestalten, wurde kontrovers diskutiert. Dr. Elias Ayuk, Mitglied des International Resource Panel und ehemaliger Direktor des UN University Institute for Natural Resources in Africa, berichtete, dass das International Resource Panel an Vorschlägen für ein globales Rohstoffabkommen arbeite, analog zur UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC). Problematisch sei, dass solche Abkommen Zeit benötigten und den politischen Willen, auf internationaler Ebene multilateral zusammenzuarbeiten. Bleischwitz setzt sich ebenfalls seit Jahren für ein internationales Abkommen für einen nachhaltigen Rohstoffabbau ein und unterstützte den Vorstoß.

Auch auf nationaler Ebene gab es in den vergangenen Jahren Initiativen für mehr Transparenz und fairere Bedingungen im Rohstoffabbau, wie das amerikanische Dodd-Frank-Gesetz oder das deutsche Lieferkettengesetz.

Jutta Matreux, Werksleiterin am Wacker Chemie Standort Nünritz, betrachtete die Forderungen nach gesetzlichen Rahmenbedingungen aus dem Blickwinkel der Wirtschaft und Industrie. Einerseits unter-

strich sie die Notwendigkeit gemeinsamer Standards und verbindlicher Regeln als Basis für ein nachhaltiges Wirtschaften. Als Beispiel nannte sie die Umsetzung der Standards der Internationalen Arbeits-



Dresdner Forum für Internationale Politik 2020: Ute Lange (Moderation) mit Maija Tenhunen und Johanna Pohl (v.l.n.r.)

organisation (ILO) und die Einhaltung des Verbots von Kinderarbeit. Gleichzeitig warnte sie davor, dass Verbindlichkeit auch eine große Bürokratie nach sich ziehen könne. Oftmals würden gut gemeinte Gesetze diejenigen einschränken, die bereits zuvor freiwillig vorangegangen seien. So würden etwa immer neue Berichtspflichten Kapazitäten in Unternehmen binden, die dann fehlten, um zuvor bereits freiwillig umgesetzte Berichterstattung weiterzuführen und über das Mindestmaß hinausgehende Maßnahmen umzusetzen.

Faire Verteilung von Rohstoffen ungelöst

Die Notwendigkeit, den steigenden Rohstoffbedarf zu decken, führt zu immer neuen Erkundungen ungenutzter Vorkommen sowie potenziell auch zu geopolitischen Spannungen. Welche Lösungsansätze gibt es, um den negativen Konsequenzen des Wettlaufs um Rohstoffe zu begegnen?

Um die Rechte der lokalen und oftmals indigenen Bevölkerung in Entwicklungsländern angemessen zu berücksichtigen, schlug Elias Ayuk vor, dass die Informationen über vorhandene Ressourcen in den jeweiligen Ländern besser zugänglich gemacht werden müssen. Vielen Gemeinden sei oftmals nicht klar, welche Schätze sie beherbergen. Neben der besseren Offenlegung von Informationen sollten auch die Gemeindeversammlungen vor der Vergabe von Bergbau-Lizenzen verstärkt mit einbezogen werden. Hierdurch werde ihnen ermöglicht, ihre Rechte aktiv wahrzunehmen.

Auch Partnerschaften können dazu beitragen, dass Entwicklungsländer nachhaltig von ihren Ressourcen

profitieren. So unterstützt Sachsen aufgrund der aus DDR-Zeiten historisch gewachsenen Verbindung Mosambik dabei, den eigenen Bergbau auf sichere und nachhaltige Füße zu stellen. Dabei, so betonte Oberberghauptmann Professor Bernhard Cramer vom Sächsischen Oberbergamt in Freiberg, sei die Zusammenarbeit davon gekennzeichnet, dass man sich auf Augenhöhe begegne und die Projektpartner in Mozambique eigenständig den Wissenstransfer einforderten.

Eigene Förderstätten ermöglichen sicheren Abbau

Neben der Erschließung neuer extraterritorialer Bergbaugebiete (auch der Weltraum wird bereits als Explorationsraum erforscht) kann in Zeiten zunehmender Rohstoffknappheit auch die Wiedereröffnung bereits stillgelegter Minen interessant werden. In der sächsisch-tschechischen Grenzregion gibt es u.a. größere Lithiumvorkommen, mit denen die Abhängigkeit aus dem Ausland reduziert werden könnte. Auf den Trend der vergangenen Jahrzehnte, den Bergbau aus Kostengründen ins Ausland zu verlegen, sei in jüngerer Zeit eine steigende Nachfrage nach sächsischem Bergbau gefolgt, so Cramer. Seit 2005 gebe es 60 neue Projekte; auch die sächsische Rohstoffstrategie bekenne sich klar zum Bergbau vor Ort. Ursächlich sei u.a. der Wunsch von Konsument*innen und Unternehmen zu wissen, wo Rohstoffe herkommen, und die Garantie, dass sie sozial- und umweltverträglich gefördert werden.

„Es ist wichtig, dass wir ein System entwickeln, mit dem das Sammeln und Recycling von defekten Geräten finanziert werden kann. Entwicklungsländer gehen in diese Richtung: Sie versuchen jetzt schon, solche Rahmenbedingungen zu entwickeln. Dies bezieht sich nicht nur auf den Bereich der Elektronikgeräte, sondern kann für alle Produkte funktionieren, bei denen man ein Sammel- und Recyclingsystem aufsetzen und damit eine Kreislaufwirtschaft in Gang bringen kann. Unterstützende Gesetze sind dafür ein wichtiger Schritt.“

Deepali Sinha Khatriwal ist Expertin zum Thema E-Waste Management und hat für die United Nations Universität zum E-Waste Monitor gearbeitet. Heute lebt sie in Mumbai.



Lesen Sie das vollständige Interview über Kreislaufwirtschaft in der **sef: insight 03|2020** mit dem Titel **“We need to shift from a product ownership**



mindset to a service ownership mindset.” Das Interview ist auch als YouTube-Video verfügbar.

„Wenn das Eis schmilzt ... Umwelt und Frieden zusammen denken“

23. Januar 2020, Frauenkirche Dresden

Im Rahmen des Dresdner Forums für Internationale Politik findet traditionell eine öffentliche Abendveranstaltung in der Frauenkirche Dresden statt. Polarforscher Arved Fuchs, Dr. Adriana Abdenur, Koordinatorin des Bereichs Frieden & Sicherheit am Instituto Igarapé in Rio de Janeiro, und Dr. Elias Ayuk, Mitglied des International Resource Panel und ehemaliger Direktor des UN University Institute for Natural Resources in Africa, diskutierten vor mehr als 500 Teilnehmenden darüber, wie die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen das friedliche Zusammenleben auf unserem Planeten gefährdet.

Besonders eindrucksvoll waren die Berichte von Arved Fuchs, der in seinen Expeditionen der letzten Jahrzehnte selbst erfahren hat, wie dünn und brüchig beispielsweise das Eis am Nordpol geworden ist. Elias Ayuk verdeutlichte am Beispiel der austrocknenden Seen und Flüsse auf dem afrikanischen Kontinent, dass der Zugang zu Wasser ein besonders kritischer Faktor bei der Verschärfung von Konflikten ist. Adriana Abdenur verwies auf das organisierte Verbrechen, das einen erheblichen Anteil an der Entwaldung im Amazonasgebiet habe. Aufgrund illegaler Holzverkäufe, aber auch Landgrabbing zum Anbau von Soja sowie der Suche nach Goldvorkommen hätten Entwaldung, Verunreinigung von Trinkwasser und Böden deutlich zugenommen.



Dr. Maria Flachsbarth MdB

Obwohl alle drei Referent*innen auf die kritischen Zusammenhänge zwischen Klimawandel, Migration und Sicherheit hinwiesen, mahnte Arved Fuchs, dennoch mit ein wenig Hoffnung in die Zukunft zu blicken. Auf seinen Expeditionen habe er gelernt: „Never give up“.

Es lohne sich, alles zu tun, um den Klimawandel zu schwächen. Als wesentlicher (Mit-)Verursacher sei Europa in der Pflicht, hierbei eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Deutschland habe das dafür nötige Know-how und entsprechende Technologien, um entscheidende Weichen zu stellen und müsse diese auch einsetzen.



Michael Kretschmer MP

Bessere Recyclingquoten notwendig

Die Erschließung neuer Rohstoffvorkommen unter faireren Bedingungen und die Reaktivierung alter Lagerstätten werden auf Dauer nicht die einzige Lösung bleiben können. Es besteht die dringende Notwendigkeit, die gesamte Wertschöpfungskette stärker in den Blick zu nehmen und Lösungen zu entwickeln, wie Rohstoffe effektiver und dauerhafter genutzt werden können, anstatt stetig neue abzubauen.

Nach Angaben des Global E-Waste Monitors der Universität der Vereinten Nationen entstehen weltweit jährlich rund 50 Millionen Tonnen an Elektroschrott im Jahr, in Deutschland allein sind es rund 2 Millionen Tonnen. Hierunter fällt alles, das einen Stecker benötigt – vom Smartphone bis zum Kühlschrank. Nur ein Bruchteil des Elektroschrotts und der darin enthaltenen Wertstoffe werden derzeit recycelt. Die geringe Quote hat mehrere Gründe. Professor Urs Peuker, Lehrstuhlinhaber „Mechanische Verfahrenstechnik und Aufbereitungstechnik“ und Prorektor Strukturentwicklung an der Technischen Universität Bergakademie Freiberg, verwies darauf, dass die Konsument*innen einen nicht unerheblichen Anteil daran hätten, dass die meisten Geräte gar nicht dem Recycling zugeführt würden. In vielen Schubladen

Global Governance Spotlight 1|2020

Verhandlungen zur biologischen Vielfalt der Ozeane. Ein Ökosystem-Ansatz für die Hohe See

Vito De Lucia

Seit 2017 wird im Rahmen der Vereinten Nationen über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche verhandelt. Die Verschiebung der vierten und letzten Verhandlungsrunde aufgrund von COVID-19 bot Gelegenheit, einen Blick auf die noch strittigen Fragen zu werfen und Lösungsansätze zu diskutieren. Im Global Governance Spotlight 1|2020 empfiehlt Vito De Lucia, außerordentlicher Professor an der Arctic University of Norway, die Verhandlungspause zu nutzen, um die Grenzen einzelner Governance-Instrumente im Sinne eines umfassenden Ökosystem-Ansatzes zu überwinden. Der Fokus solle auf Komplementarität, Koordinierung und Kompatibilität zwischen den Instrumenten und im Einklang mit der Agenda 2030 liegen.



würden z.B. alte Smartphones lagern. Vor allem aber fehlten bislang die politischen und ökonomischen Anreize für mehr Recycling.

Leitplanken der Politik für bessere Kreislaufwirtschaft gefordert

So nannte Bleischwitz es einen Skandal, dass Firmen Produkte auf den Markt bringen dürfen, die den Verbraucher 1000 Euro kosten, aber aufgrund eines festeingebauten Akkus mit kurzer Lebensdauer relativ schnell zu Schrott werden. Eine Lösung könnten politische Rahmenbedingungen sein, die das Recycling über Ökodesign-Richtlinien besser möglich machten. Kritische Verbrauchskomponenten müssten leichter austauschbar sein. Professor Jens

Gutzmer, Gründungsdirektor des Helmholtz-Institut Freiberg für Ressourcentechnologie verwies darauf, dass sich das Recycling vieler kritischer Rohstoffe derzeit ökonomisch nicht lohne. Gleichzeitig nannte er eine wirklich funktionierende Kreislaufwirtschaft unter der aktuellen Prämisse des stetigen Wachstums illusorisch.

Der hohe Elektroschrott-Anteil in Deutschland liegt auch darin begründet, dass eine Überflussgesellschaft gar nicht darauf angewiesen ist, defekte Teile zu reparieren. In den Sammelstellen ist nicht ersichtlich, ob sich unter den Schrottgeräten nicht auch noch funktionierende oder reparabile Elektronik befindet. Dr. Deepali Sinha Khetriwal, Leiterin des Indien-Büros von Sofies in Bangalore, berichtete, dass in Indien jedes Teil so lange wie möglich repariert und erst entsorgt werde, wenn es wirklich nicht mehr reparierbar sei. Auch dies sei ein Beitrag dazu, ressourcenschonender zu wirtschaften.

Hoffnung auf alternative Technologien

Einen Blick in zukünftige ressourcenschonendere Verfahren am Beispiel Batterietechnologie bot zum Abschluss Professor Maximilian Fichtner, Stellvertretender Direktor am Helmholtz-Institut Ulm (HIU) sowie Professor für Festkörperchemie an der Universität Ulm. Mit seinem Exkurs über alternative Energiespeicher in Form von Batterien machte er Hoffnung, den prognostizierten wachsenden Bedarf an kritischen Rohstoffen durch die Verwendung alternativer Stoffe verringern zu können. Fichtner erforscht mit seinem Team zum Beispiel Möglichkeiten, aus Naturstoffen wie Apfel- oder Eierschalen Hartkohlenstoffe herzustellen. Noch sei dies Zukunftsmusik; aufgrund der Leitfähigkeit von Kohlenstoffen könnte der Ansatz aber sehr vielversprechend sein.

Das Dresdner Forum für Internationale Politik 2020 machte deutlich, dass es viele Stellschrauben gibt, an denen gearbeitet werden muss, um unbeabsichtigte negative Nebenwirkungen klimafreundlicher Technologien insbesondere in Entwicklungsländern zu vermeiden. Darüber hinaus zeigte sich die Notwendigkeit, die Prämisse des Wirtschaftswachstums zu überdenken, die gesamte Wertschöpfungskette nachhaltiger zu gestalten und sorgsamer mit den endlichen Ressourcen dieses Planeten umzugehen. Das wäre ein Beitrag sowohl zur Prävention gewalttätiger Konflikte als auch zum Klimaschutz.

„Mit dem Zusammenschluss unter dem Plurinational Observatory of Andean Salt Flats arbeiten wir mit Menschen aus Chile, Argentinien und Bolivien. Diese repräsentieren die lokale indigene Bevölkerung, NGOs und Wissenschaftler*innen. Wir schauen insbesondere auf die herausgehobene Stellung der Salzseen, Feuchtgebiete und die vor-



handene Biodiversität für die Region und den Rest der Welt. Die Biodiversität in dieser Landschaft ist einzigartig, und hat einen hohen Anteil an Arten, die nur hier vorkom-

men. Es wäre ein großer Verlust für die ganze Welt, wenn dies zerstört würde. Außerdem spielen die Feuchtgebiete eine wichtige Rolle als Karbonsenke. Darum sind wir davon überzeugt, dass die Salzseen der Welt viel mehr bieten können als nur Lithium oder Kupfer.“

Ramón M. Balcázar ist der Gründer der Tanti Foundation in San Pedro de Atacama, Chile. Ramón ist zudem Mitglied des Plurinational Observatory of Andean Salt Flats.

Lesen Sie das vollständige Interview über die hohe Bedeutung der chilenischen Salzseen in der **sef: insight 02|2020** mit dem Titel **“The salt flats have much more to offer to the world than only lithium and copper”**. Das Interview ist auch als YouTube-Video verfügbar.



Krisenprävention: Vom Anspruch zur Umsetzung – neue Ansätze für die UN

Die Vereinten Nationen (UN) waren unter dem Eindruck der Schrecken des Zweiten Weltkrieges gegründet worden, um präventiv gewaltsame Konflikte zu verhindern. In den vergangenen Jahrzehnten verstärkte sich jedoch der Eindruck der UN als einer Krisenreaktionsorganisation. Daher stieß UN-Generalsekretär António Guterres vor einigen Jahren einen umfassenden Reformprozess an. Unter dem Schlagwort „sustaining peace“ sollen die UN Krisen künftig nicht nur bearbeiten, sondern den Frieden langfristig und präventiv sichern. Vor diesem Hintergrund beschäftigte sich der Berliner Sommerdialog 2020 mit der Frage, wie es den UN gelingen kann, neue Ansätze zur Krisenfrüherkennung und Krisenprävention zu nutzen. In vier Online-Veranstaltungen, die wöchentlich im Juni stattfanden, diskutierten Expert*innen aus über 25 Ländern.

Gestiegene Komplexität von Konflikten

Teresa Whitfield, Direktorin für Politik und Mediation in der UN-Abteilung für Politik und Friedensförderung, beschrieb zum Auftakt die sich verändernden Herausforderungen, mit denen die UN konfrontiert sind. So habe sich der Prozess der Friedensförderung verändert, da viele Konflikte keiner linearen Entwicklung mehr folgten, sondern hoch komplex und fragmentiert seien. Illustriert wurde dies durch Dr. Adriana Abdenur vom Instituto Igarape in Rio de Janeiro, die auf Erfahrungen in ihrer Heimatstadt verwies. Obwohl das tägliche Leben von Konflikt geprägt sei, werde die Stadt nicht offiziell als Konfliktgebiet benannt. Die fließenden Übergänge und Abstufungen von Konflikten erschwerten das präventive Handeln.

Whitfield erläuterte weiter, dass auch die Zahl der beteiligten Akteure deutlich gestiegen sei. Parallel dazu sei der Anspruch gewachsen, verschiedene



Berliner Sommerdialog 2020: Weisi Guo

Akteure und Bevölkerungsgruppen stärker in den Prozess einzubinden. Dies sei äußerst wichtig, trage aber ebenfalls zu einer höheren Komplexität bei.

Die Stärkung der Zusammenarbeit der einzelnen Bereiche innerhalb der UN sowie eine klarere Ausrichtung auf Krisenprävention seien notwendig und auf gutem Wege, so Abdenur. Doch die Fähigkeit der UN zu handeln hänge auch von sich verändernden geopolitischen Gegebenheiten ab. Nationalistisch-populistische Strömungen in vielen Ländern erschwerten derzeit eine konstruktive Zusammenarbeit auf internationaler Ebene oder verhinderten diese gar.

Mit künstlicher Intelligenz zu genaueren Vorhersagen

Um beginnende oder wieder entstehende Konflikte rechtzeitig zu erkennen und frühzeitig handeln zu können, kommt der Analyse und Bewertung von vorhandenen Daten und Informationen eine zunehmend wichtige Rolle zu. Da sich die Anzahl der verwertbaren Informationen – von Klimadaten, Mobilitätsdaten und Wirtschaftsdaten über Informationen zur ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung bis hin zu Informationen aus sozialen Medien – extrem erhöht hat, sind neue technologische Entwicklungen notwendig, um diese sinnvoll auswerten zu können. Mit diesem Thema befasste sich die zweite Dialogveranstaltung. Hocheffiziente Maschinen ermöglichen heute eine viel schnellere Auswertung und Verknüpfung dieser Informationen, als dies hochspezialisierte Fachkräfte leisten könnten. Professor Weisi Guo von der Cranfield Universität und dem Alan Turing Institute erforscht deshalb auch im Auftrag von Regierungen, wie künstliche Intelligenz dazu beitragen kann, diese Daten miteinander zu vernetzen und lernende Systeme zu nutzen, um Konfliktpotenziale frühzeitiger vorherzusagen. Eine besonders große Herausforderung liege aber in der Finanzierung dieser Forschung für Krisen- und Konfliktprävention.

Globale Trends. Analysen 01|2020

Die Zukunft der nuklearen Rüstungskontrolle: Zeit für ein Update

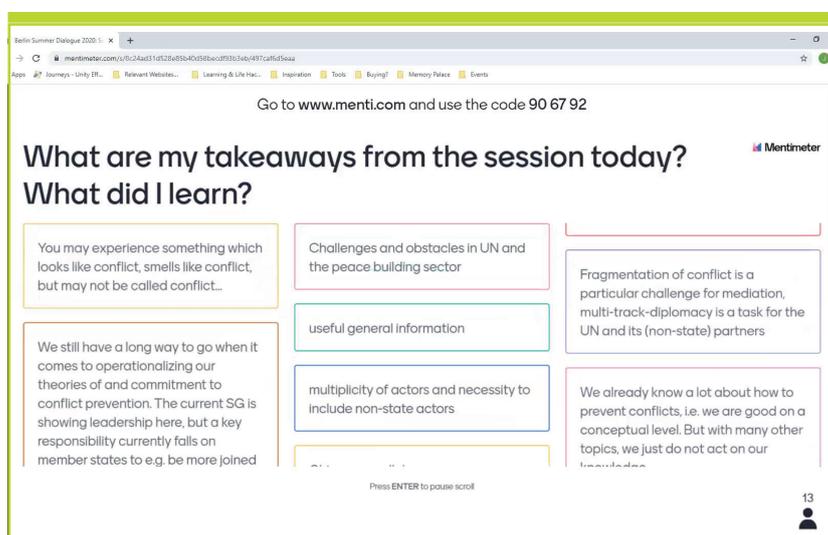
Angela Kane | Noah Mayhew

Rüstungskontrolle wurde nach der Kubakrise zu einem integralen Bestandteil der globalen Sicherheitsarchitektur. Doch heute leben wir in einer anderen Realität. Angela Kane und Noah Mayhew kritisieren in GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 01|2020, dass sich die Rüstungskontrolle weiterhin an der Vergangenheit orientiert. Sie fordern ein Update: Neue globale Herausforderungen – insbesondere sich rasch verändernde geopolitische Verhältnisse und neue Technologien – müssten berücksichtigt werden. Darüber hinaus müsse das Silodenken in der Debatte über Rüstungskontrolle überwunden werden.



Weisi Guo beklagte die große Lücke im Vergleich zu anderen staatlich geförderten Vorhaben, wie z.B. der Forschung im Weltall.

Praktische Einsatzmöglichkeiten von künstlicher Intelligenz in der Krisenprävention stellte Dr. Paula Hidalgo-Sanchis, Beraterin für Innovation von UN Global Pulse, vor. In den letzten Jahren habe UN Global Pulse soziale Medien mit Hilfe von künstlicher Intelligenz im Hinblick auf Hassrede untersucht. Ein Vorteil liege hier in der schnellen Analyse einer hohen Zahl von Texten, Videos oder Sprachdateien, gerade auch in unterschiedlichen Dialekten und Sprachen. Darüber hinaus habe UN Global Pulse Radioprogramme in Uganda untersucht, um zu erkennen, welche Themen die Menschen auf lokaler Ebene beschäftigen und ob sich mögliche Spannungen zeigen, z.B. im Zusammenhang mit den Flüchtenden, die 2016 aus dem Südsudan nach Uganda kamen.



Berliner Sommerdialog 2020: Mentimeter-Umfrage

Bessere Vorhersagen führen nicht zwingend zu schnellerem Handeln

Im Hinblick auf ein schnelles Handeln dämpfte Donata Garrasi, UN-Direktorin für die Region rund um die Großen Seen, in der dritten Session die Hoffnungen. Auch wenn es bereits gute Indikatoren für das frühzeitige Erkennen von Konflikten gebe – wie zunehmende Menschenrechtsverletzungen oder negative wirtschaftliche Veränderungen, die etwa zu höheren Lebensmittelpreisen führten – läge es in der Natur der UN, dass eine wirklich schnelle Reaktion nicht immer möglich sei. Dennoch sei es ihre Aufgabe vor Ort, Informationen zu filtern und zu analysieren, um zumindest frühzeitig auf wichtige Entwicklungen hinweisen zu können. Sarah Bressan vom Global Public Policy Institute (GPPI) in Berlin verwies an dieser Stelle auf das Präventionsparadoxon. Zwar besteht ein allgemeiner Konsens, dass sich die Investition in Krisen- und Konfliktprävention

lohnt. Sie rette nicht nur Menschenleben, sondern bewahre auch vor einem kostspieligen Wiederaufbau von gesellschaftlichen Strukturen und grundlegender Infrastruktur. Letztlich sei der Erfolg, einen gewaltlosen Konflikt vermieden zu haben, aber nicht sichtbar, so Bressan. Eine stärkere Anerkennung solcher Erfolge wäre ein großer Anreiz für die Politik.

Mehr Lobbying und Vorschläge für konkrete politische Maßnahmen

Dr. Hannah Neumann, Abgeordnete im Europäischen Parlament, wünschte sich, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in Gesprächen mit Abgeordneten anhand konkreter Forderungen besser verdeutlichen, welche politischen Schritte notwendig seien und was Politiker*innen bewirken könnten und sollten. Denn in der Politik sei es oft so, dass sowohl zeitliche als auch monetäre Ressourcen erst zum Einsatz kämen, wenn der Druck besonders hoch sei. In dieser Gemengelage sei es oftmals schwierig, Aufmerksamkeit für die frühzeitige Verhinderung von Konflikten zu erhalten. Deshalb setze sie sich z.B. dafür ein, dass es im neuen Budget der EU eine eigene Linie für Konfliktprävention gibt. Das würde den Druck spätestens im Oktober eines Jahres erhöhen, dieses Geld auch einzusetzen. Darynell Rodriguez Torres, Exekutivdirektor der Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict (GPPAC) in Den Haag, warb dafür, Gelder für Konfliktprävention wirklich auch dafür einzusetzen und nicht z.B. für Krisenmanagement. Er warnte aber davor, dass es keine schnellen Erfolgsgeschichten in der Konfliktprävention gebe. Meist handle es sich um langjährige Prozesse. Zudem warb er dafür, dass die Relevanz von Konfliktprävention stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangen müsse. Er verglich dies mit der Klima- und Nachhaltigkeitsagenda, die mittlerweile im breiten öffentlichen Diskurs angekommen sei. Dafür müssten aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen stärker sorgen, indem sie gute Argumente aufzeigten, weshalb sich politische Akteure für Konfliktprävention einsetzen sollten.

Berliner Sommerdialog 2020

Die wichtigsten Video-Ausschnitte sowie eine Reihe von Kurz-Clips aus der vierwöchigen Online Ausgabe des Berliner Sommerdialogs „Krisenprävention: Vom Anspruch zur Umsetzung – Neue Ansätze für die UN“ finden sich unter <https://www.sef-bonn.org/veranstaltungen/berliner-sommerdialog/2020.html>.



• **sef: Finanzen**

Finanzbericht

Das Anlagevermögen der sef: hat sich über die letzten Jahre marktkonform positiv entwickelt. Auch die Einnahmen aus den Anlagen waren über viele Jahre relativ stabil – wenn auch auf niedrigem Niveau und mit einem sich verstetigenden Abwärtstrend. Im Wirtschaftsjahr 2020 hat sich der negative Trend am Kapitalmarkt insbesondere im Rentenbereich fortgesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierten sich die Erträge aus dem Anlagevermögen der sef: entsprechend um 34.378 Euro auf 179.378 Euro, was einem Rückgang von ca. 16 % entspricht. Investiert ist das Stiftungskapital derzeit in zwei nachhaltige Stiftungsfonds (Mischfonds).

Die erfolgreich eingeworbene Drittmittelfinanzierung ist in den letzten Jahren die stärkste „Finanzierungs-säule“ gewesen. Größte Zuschussgeber im Berichtsjahr waren das Land Nordrhein-Westfalen, die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global, das Land Sachsen sowie die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

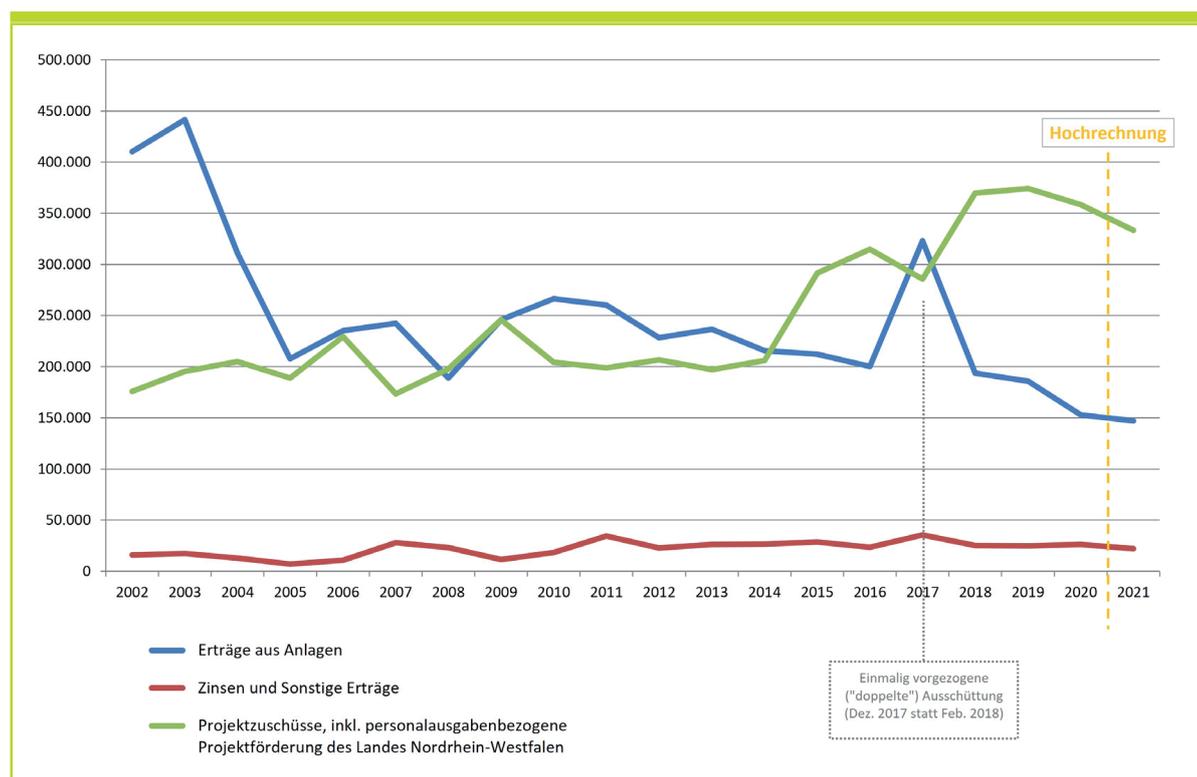
Aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen verringerten sich jedoch auch die projektbezogenen Einnahmen, da die meisten Veranstaltungen in Form von Online-Konferenzen realisiert werden mussten und insbesondere Reise- und Übernachtungskosten

entfielen. Die Projektzuschüsse fielen daher im Jahr 2020 mit 207.170 Euro um ca. 7,2 % niedriger aus als im Vorjahr. Insgesamt verringerten sich die Einnahmen um 47.359 Euro auf 537.573 Euro.

Das Defizit im Wirtschaftsjahr 2020 konnte trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen geringer gehalten werden als erwartet. Die sef: realisierte erhebliche Einsparungen, insbesondere bei den Veranstaltungen. Die Ausgaben konnten somit um ca. 5,5 % gegenüber dem Vorjahr gesenkt werden und betragen insgesamt 546.263 Euro. Der moderate Jahresverlust von knapp 8.700 Euro wird durch eine Entnahme aus den freien Rücklagen ausgeglichen.

Für die kommenden Jahre wird ein weiterer Rückgang bei den Erträgen aus dem Anlagevermögen erwartet. Alternative Anlageoptionen befinden sich in Prüfung; eine klare Trendwende zeichnet sich angesichts der für Stiftungen gebotenen Zurückhaltung bei Kapitalanlagen mit höheren Risiken aber nicht ab. Bei den Projektzuschüssen wird von einem mittelfristig stabilen Niveau ausgegangen. 2021 dürften die Zuschüsse jedoch aufgrund des pandemiebedingten Ausfalls des Dresdner Forum für Internationale Politik sowie von weiterhin überwiegend online stattfindenden Veranstaltungen geringer ausfallen als in den Vorjahren. Entsprechend wird für 2021 bei allen Sparbemühungen von einem steigenden Defizit ausgegangen.

Entwicklung der Einnahmen im Zeitraum 2002-2021



Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2020

	31.12.2020	31.12.2019
	EUR	EUR
I. Erträge		
1. Zuwendungen	358.369,87	374.351,31
Personalkostenzuschuss Land NRW	151.200,00	151.200,00
Projektzuschüsse aufgewendet	207.169,87	223.151,31
2. Erträge Finanzanlagen	152.950,00	185.827,00
3. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17.797,23	17.868,40
Zinserträge Bankkonten und liquide Mittel (Festgeld)	0,13	0,30
Bestandsvergütungen	17.797,10	17.868,10
4. Erlöse (Verlagshonorare, Lizenzen, Buchverkauf)	0,00	0,00
5. Sonstige Erträge	8.455,87	6.885,82
Sonstige Erträge	66,99	0,00
Buchgewinne aus Abgang Finanzanlagen	0,00	0,00
Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen	625,92	1.026,88
Versicherungsentschädigung	7.762,96	5.858,94
Summe Erträge	537.572,97	584.932,53
II. Aufwendungen		
6. Publikations- und Veranstaltungsaufwand	-125.315,14	-165.475,92
a) Veröffentlichungen	-25.992,05	-20.170,21
b) Veranstaltungen	-96.415,15	-143.095,56
c) Öffentlichkeitsarbeit	-2.762,56	-2.094,26
d) Sonstige Projektkosten	-145,38	-115,89
7. Personalaufwand	-366.441,90	-356.698,23
a) Löhne und Gehälter	-289.769,71	-282.295,80
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen zur Altersversorgung und Unterstützung	-76.672,19	-74.402,43
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-3.810,38	-876,34
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-50.695,24	-54.791,38
a) Miete inkl. NK, Reinigung, Reparaturen	-19.217,34	-19.534,37
b) Versicherungen und Beiträge	-1.685,93	-1.790,73
c) EDV (Beratung, Betreuung)	-3.269,61	-3.419,41
d) Leasing, Miete und Wartung Geräte	-2.111,23	-3.145,76
e) Telefon und Internet Standleitung	-1.402,08	-1.087,32
f) Buchführung, StB, Abschluss- und Prüfungskosten	-8.678,03	-8.084,33
g) Betriebskosten (Bürobedarf, Porto, Bank, RK GF, ...)	-8.128,42	-12.340,81
h) Gremien	-6.198,60	-5.386,65
i) Abgänge des Anlagevermögens (Buchverluste)	-4,00	-2,00
Summe Aufwendungen	-546.262,66	-577.841,87
10. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-8.689,69	7.090,66
11. Umschichtungsergebnisse (Einstellung -/Entnahme +)	0,00	0,00
12. Rücklagen		
a) Kapitalerhaltungsrücklage (Einstellung -/Entnahme +)	0,00	-7.090,66
b) Übrige freie Rücklage (Einstellung -/Entnahme +)	8.689,69	0,00
13. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Bilanz zum 31.12.2020

AKTIVA	31.12.2020	31.12.2019	PASSIVA	
	EUR	EUR	31.12.2020	31.12.2019
	EUR	EUR	EUR	EUR
A Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte und Werte	0,00	1,00		
II. Sachanlagen				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.737,09	4.250,32		
III. Finanzanlagen				
Wertpapiere des Anlagevermögens	7.268.839,64	7.268.839,64		
B Umlaufvermögen				
I. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände				
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00	0,00		
Sonstige Vermögensgegenstände	7.500,00	16.482,25		
II. Kassenbestand und Guthaben				
Kassen- und Portobestand	164,77	315,67		
Guthaben bei Kreditinstituten	285.290,31	255.240,49		
C Rechnungsabgrenzungsposten				
	0,00	0,00		
	<u>7.572.531,81</u>	<u>7.545.129,37</u>	<u>7.572.531,81</u>	<u>7.545.129,37</u>
	<u>7.572.531,81</u>	<u>7.545.129,37</u>	<u>7.572.531,81</u>	<u>7.545.129,37</u>
A Eigenkapital				
I. Stiftungskapital/Errichtungskapital				
I. Stiftungskapital/Errichtungskapital			6.697.923,64	6.697.923,64
II. Umschichtungsergebnisse				
II. Umschichtungsergebnisse			117.736,60	117.736,60
III. Rücklagen				
a) Kapitalerhaltungsrücklage			170.699,93	170.699,93
b) Übrige freie Rücklage			514.216,12	522.905,81
B Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen			38.397,59	20.420,00
C Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			13.182,80	3.826,85
2. Sonstige Verbindlichkeiten			7.255,96	6.616,54
D Rechnungsabgrenzungsposten				
			13.119,17	5.000,00
			<u>13.119,17</u>	<u>5.000,00</u>
			<u>13.119,17</u>	<u>5.000,00</u>

• **sef: Intern**

sef: Vorstand (Stand: 31. Dezember 2020)

Die Amtszeit des sef: Vorstandes endete mit der Kuratoriumssitzung vom 21. Januar 2020 (nachgeholt Sitzung für das Jahr 2019). Als neuen Vorsitzenden beriefen die Stifterländer einvernehmlich Herrn Oliver Krauß MdL. Als neue Mitglieder des Vorstands benannten die Mitglieder des Kuratoriums Frau Viola Klein (stellv. Vorsitzende) und Frau Dr. Cornelia Ulbert (Vertreterin des Instituts für Entwicklung und Frieden – INEF).

Vorsitzender

Oliver Krauß MdL, Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Bonn

Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Gerd Harms, Staatssekretär a.D., Potsdam

Viola Klein, Geschäftsführerin der Saxonia Systems Holding GmbH, Dresden

Schatzmeister

Klaus Brückner, Ministerialrat a.D., Berlin

Weitere Mitglieder

Dr. Julia Leininger, Leitung Forschungsprogramm „Transformation politischer (Un-)Ordnung: Institutionen, Werte und Frieden“, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Dr. Cornelia Ulbert, Wissenschaftliche Geschäftsführerin des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen



sef: Vorstand (v.l.n.r.): Gerd Harms, Viola Klein, Oliver Krauß, Cornelia Ulbert, Klaus Brückner und Julia Leininger

sef: Kuratorium (Stand: 31. Dezember 2020)

Vorsitzender des Kuratoriums

Armin Laschet, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen



Michael Kretschmer in der Dresdner Frauenkirche

Stellvertretende Vorsitzende

Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin

Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Dr. Dietmar Woidke, Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Weitere Mitglieder

Wolfgang Blasig, Landrat des Landkreises Potsdam-Mittelmark

Dr. Rolf Böhnke, Ministerialrat a.D., Bonn

Joana Breidenbach, Sozialunternehmerin, Mitgründerin von betterplace.org, Berlin

Guido Déus MdL, Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Stefan Engstfeld, Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Dr. Maria Flachsbarth MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn

Christian Görke MdL, Mitglied im Landtag Brandenburg, Potsdam

Serap Güler, Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Dr. Irene Heuser, Stellv. Abteilungsleiter der Abteilung für Europaangelegenheiten, Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg, Potsdam

Dr. Andreas Hollstein, Bürgermeister a.D., Altena

Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Uwe Holtz, Honorarprofessor für Politische Wissenschaft und Senior Fellow am Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn

Volkmar Klein MdB, Mitglied im Deutschen Bundestag, Berlin

Dr. Claudia Lücking-Michel, Geschäftsführerin, AGIAMONDO e.V., Köln

Thomas Nüchel MdL, Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Uwe Prüfer, 2. Sprecher, Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB), Potsdam

Christian Rickerts, Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe des Landes Berlin

Dr. Norbert Röttgen MdB, Mitglied im Deutschen Bundestag, Berlin

Dr. Imme Scholz, Stellv. Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Verica Spasovska, Programmleitung/Events, Deutsche Welle, Bonn

Heike Spielmans, Geschäftsführerin des Verbandes Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe e.V. (VENRO), Berlin

Ashok-Alexander Sridharan, Oberbürgermeister a.D., Bonn

Octavian Ursu, Oberbürgermeister Stadt Görlitz

Elke Weißer, Geschäftsführung und pädagogische Leitung, Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum e.V. (EPIZ), Berlin

Dr. jur. Ingo Wolf, ehemaliges Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Serdar Yüksel MdL, Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf



sef: Beiratssitzung in der sächsischen Staatskanzlei am 1. September 2020

Prof. Dr. Michael Köhler, Stellv. Generaldirektor der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe, Europäische Kommission, Brüssel

Karin Kortmann, Leiterin der Berliner Repräsentanz der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Alexander Graf Lambsdorff MdB, Mitglied im Deutschen Bundestag, Berlin

Heinz-Joachim Lohmann, Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche im ländlichen Raum, Evangelische Akademie zu Berlin

sef: Beirat (Stand: 31. Dezember 2020)

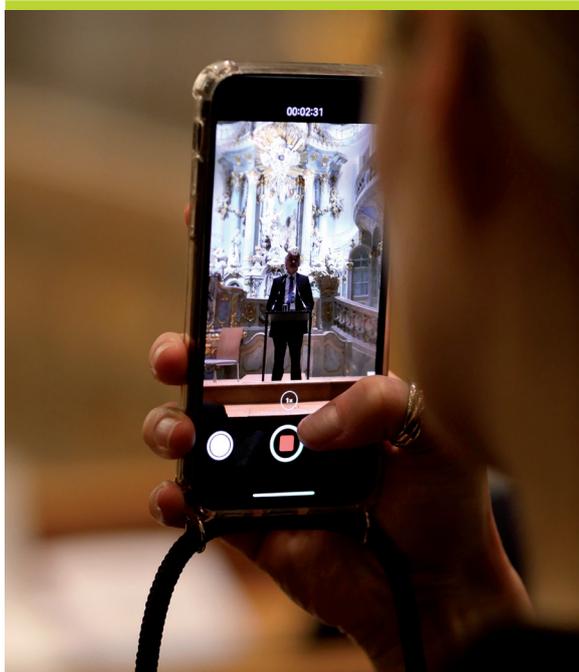
Vorsitzende des Beirats

Dr. Marianne Beisheim, Wissenschaftlerin, Forschungsgruppe „Globale Fragen“, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Weitere Mitglieder

Prof. Dr. Lothar Brock, Assoziierter Forscher sowie Projektleiter, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt/Main, Seniorprofessor an der Goethe-Universität Frankfurt für Politikwissenschaft

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff, Professorin für Internationale Beziehungen und Theorien globaler Ordnung, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt am Main



Arved Fuchs in der Dresdner Frauenkirche

Prof. Dr. Claudia Derichs, Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft / International Development Studies, Universität Marburg

Prof. Dr. h.c. Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin a.D., Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe, Berlin

Dr. Maja Göpel, Wissenschaftliche Direktorin, The New Institute, Hamburg

Ingrid-Gabriela Hoven, Mitglied im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Eschborn

Prof. Dr. Andrea Liese, Professur für Internationale Organisationen und Politikfelder, Universität Potsdam

Jens Martens, Geschäftsführender Vorstand, Global Policy Forum Europe (GPF), Bonn

Prof. Dr. Henning Melber, Präsident der European Association of Development Research and Training Institutes (EADI), Uppsala

Andreas Proksch, Ehemaliger Leiter des Bereichs Sektor- und Globalvorhaben (GloBe), Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Bonn

Prof. Dr. Jakob Rhyner, Professor für Globalen Wandel und systemische Risiken, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Wissenschaftlicher Direktor des Innovation Campus Bonn (ICB)

Prof. Dr. Conrad Schetter, Direktor, BICC. Bonn International Centre for Conversion

Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas, Senior Fellow am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien, Universität Bremen

Prof. Dr. Dominik Steiger, Professor für Völkerrecht, Europarecht und Öffentliches Recht, Technische Universität Dresden

sef: Team (Stand: 31. Dezember 2020)

Dr. Mischa Hansel
Wissenschaftlicher Referent

Heike König
Assistentin der Geschäftsführung

Larissa Neubauer
Wissenschaftliche Referentin

Dr. Michèle Roth
Geschäftsführerin

Gerhard Süß-Jung
Finanz- und Konferenzmanager

Kooperationen und Förderung 2020

Im Jahr 2020 kooperierte die sef: erneut mit einer Vielzahl von Projektpartnern. Diese trugen sowohl durch inhaltlichen Rat und die Identifizierung und Vermittlung von Expert*innen als auch finanziell wesentlich zum Gelingen vieler sef: Vorhaben bei.

Wir danken:

- CIDSE - International Alliance of Catholic Development Agencies, Brussels
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Bonn/Eschborn
- Engagement Global GmbH
- Freistaat Sachsen
- ICLEI – Local Governments for Sustainability, Bonn
- Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen
- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH, Bonn

- Stiftung Frauenkirche Dresden
- Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany, Bonn

Die sef: dankt zudem den zahlreichen Förderern, die ausgewählte sef: Projekte durch finanzielle Mittel, durch ihre Räumlichkeiten und/oder durch die Ausrichtung eines Empfangs im Rahmen von sef: Veranstaltungen unterstützen:

- Bundesstadt Bonn
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- sef: Stifterland Berlin
- sef: Stifterland Brandenburg
- sef: Stifterland Nordrhein-Westfalen
- sef: Stifterland Sachsen
- Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn



Einladung via Twitter zum sef: Policy Lunch

Die sef: war 2020 Mitglied in folgenden Foren:

- Academic Council on the United Nations System (ACUNS)
- Initiative Transparente Zivilgesellschaft
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
- VENRO - Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2020

Veranstaltungen 2020

Dresdner Forum für Internationale Politik 2020

Rohstoffe für den Klimaschutz: Strategien zur Konfliktprävention

in Kooperation mit Freistaat Sachsen, Stiftung Frauenkirche Dresden, Engagement Global

Programmbereich C: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Dresden, 23./24. Januar 2020 (2-tägige Fachveranstaltung mit öffentlicher Abendveranstaltung)

sef: Policy Lunch

The UN at 75: Europe's vision for the world organisation

gefördert durch das Stifterland NRW,

in Kooperation mit der Foundation for Global Governance and Sustainability, Brüssel

Programmbereich A: Normative Herausforderungen für Global Governance

Brüssel, NRW-Landesvertretung, 3. März 2020

Berliner Sommerdialog 2020 [ONLINE]

Crisis Prevention: From Ambition to Action. New Pathways for the UN

gefördert durch das BMZ

Programmbereich C: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Online, 2.-23. Juni 2020 (vier wöchentliche Online-Dialoge)

Der sef: Beirat im Gespräch 2020

Was Sachsen mit der Welt verbindet – und wie Sachsen die Welt mitgestalten kann

Programmbereich B: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung

Restaurant Chiaveri im Sächsischen Landtag, Dresden, 1. September 2020

International sef: Expert Workshop 2020 [HYBRIDFORMAT]

The World Trade System after COVID-19:

Pathways towards welfare-oriented trade policy?

in Kooperation mit dem INEF, gefördert durch das Stifterland NRW

Programmbereich A: Normative Herausforderungen für Global Governance

Duisburg, Gerhard-Mercator-Haus, 24./25. September 2020

Bonn Symposium 2020 [ONLINE]

Soziale Ungleichheit reduzieren. Ansätze auf lokaler Ebene

in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Engagement Global, sowie gefördert durch das Stifterland NRW und die Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn
 Programmbereich B: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung
 Bonn, Uni Club, 5.-6. November 2020

sef: Policy Lunch [ONLINE]

EU-Africa Trade Arrangements at a Crossroads: How to better promote development and intra-African trade

gefördert durch das Stifterland NRW
 Programmbereich A: Normative Herausforderungen für Global Governance
 Online, 17. November 2020

Potsdamer Wintergespräche 2020 [ONLINE]

Panafrikanischen Freihandel nachhaltig gestalten

in Kooperation mit GIZ/BMZ
 Programmbereich B: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung
 Potsdam, Hotel Voltaire, 14./15. Dezember 2020

Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2020

GLOBALE TRENDS. ANALYSEN [deutsch/englisch]

GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 1|2020

**Die Zukunft der nuklearen Rüstungskontrolle:
 Zeit für ein Update**

Angela Kane / Noah Mayhew
 Programmbereich C: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 2|2020

Globale Handelskooperation nach COVID-19 und die Zukunft der WTO

Peter Draper
 Programmbereich A: Normative Herausforderungen für Global Governance

GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 3|2020

Tech power to the people! Demokratisierung von Zukunftstechnologien im Dienst der Gesellschaft

Renata Avila Pinto
 Programmbereich A: Normative Herausforderungen für Global Governance

GLOBAL GOVERNANCE SPOTLIGHT [deutsch/englisch]

Global Governance Spotlight 1/2020

Verhandlungen zur biologischen Vielfalt der Ozeane. Ein Ökosystem-Ansatz für die Hohe See

Vito de Lucia
 Programmbereich B: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung

Global Governance Spotlight 2/2020

COVID-19 und Global Governance im Gesundheitsbereich: Auf den positiven Aspekten aufbauen

Sara Davies
 Programmbereich A: Normative Herausforderungen für Global Governance

#Brandt40

40 Jahre Bericht der Nord-Süd-Kommission
 „Das Überleben sichern“ (Brandt-Report)



Global Governance Spotlight 3/2020

EU-Afrika-Handelsbeziehungen am Scheideweg. Afrikas Einheit stärken

David Luke, Simon Mevel, Melaku Geboye Desta

Programmbereich A: Normative Herausforderungen für Global Governance

Global Governance Spotlight 4/2020

Ein Update für das Internet. Reform der globalen digitalen Zusammenarbeit 2021

Matthias C. Kettemann

Programmbereich A: Normative Herausforderungen für Global Governance

sef: insights [englisch]

sef: insight 1|2020

„AfCFTA has the ability to unite the continent“

Interview mit Maria Auma Horne on the promise of free trade for young innovators and businesses

sef: insight 2|2020

„The salt flats have much more to offer to the world than only lithium and copper“

Interview mit Ramón Morales Balcázar über den Wert von Chiles Salztonebenen

sef: insight 3|2020

„We need to shift from a product ownership mindset to a service ownership mindset“

Interview mit Deepali Sinha Khetriwal über Kreislaufwirtschaft



Dolmetscher*innen beim Dresdner Forum für Internationale Politik 2020

Öffentlichkeitsarbeit

#Brandt40

40 Zitate aus dem Brandt-Report, die 40 Jahre nach Erscheinen des Berichts nichts an Aktualität verloren haben (Online-Aktion)

Video-Aufzeichnungen zu den Online-Veranstaltungen

- 31 Shortclips zu den Online-Veranstaltungen
- Video-Interviews zu den sef: insights

sef:/INEF News (deutsch/englisch)

Im Jahr 2020 sind 7 Ausgaben der sef:/INEF News in folgenden Monaten erschienen: Februar, März, Mai, Juli, September, Oktober, Dezember

Jahresbericht

Perspektiven auf Global Governance. Die sef: 2019 Jahresbericht

Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Development and Peace Foundation
Dechenstr. 2 | D-53115 Bonn
Tel +49 (0) 228 95925-10 | Fax +49 (0) 228 95925-99
sef@sef-bonn.org |  @sefbonn
www.sef-bonn.org